

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

## AUS DEM INHALT

Dietrich Schwarzkopf

Deutsche Politik und Moskauer  
Vertrag

Ulrich Scheuner

Der freie Bürger und der freie Staat

Hans Bolewski

Um den „Stellvertreter“

Hellmuth Lauffs

Religiöse Erziehung und Bildung

8/9

AUGUST/SEPTEMBER

1963

11. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E



# Inhaltsverzeichnis

<b>Für und wider die Realpolitik</b>	<b>1</b>
Eberhard Amelung	
<b>Kurz kommentiert</b>	<b>4</b>
<b>Deutsche Politik und Moskauer Vertrag</b>	<b>6</b>
Dietrich Schwarzkopf	
<b>Die Freiheit des Bürgers als Grundlage des freien Staates</b>	<b>9</b>
Ulrich Scheuner	
<b>Kirche und politische Verantwortung</b>	<b>13</b>
Zur Diskussion um den „Stellvertreter“	
Hans Bolewski	
<b>Zur religiösen Erziehung in den Schulen</b>	<b>15</b>
Das Gutachten des Deutschen Ausschusses	
<b>Anmerkungen zur Denkschrift über die religiöse Bildung und Erziehung</b>	<b>18</b>
Hellmuth Lauffs	
<b>Nachrichten aus dem Osten</b>	<b>21</b>
<b>Berichte</b>	<b>23</b>
Ein unpolitischer Kirchentag — Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU	
<b>Bücher</b>	<b>26</b>
Zur Geschichte und Ordnung der Konfirmation — H. J. Schoeps, Preußen – gestern und morgen — A. Grosser, La République Fédérale d'Allemagne	
<b>Leserbriefe</b>	<b>28</b>

---

## Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Dietrich Schwarzkopf (Holzlar/Siegbach, Hauptstraße 100) ist Journalist in Bonn. — Professor Dr. Ulrich Scheuner (Bad Godesberg, Beethovenstraße 77) ist Ordinarius für Völkerrecht an der Universität Bonn. — Pastor Dr. Hans Bolewski (Loccum/Hann., Ev. Akademie) ist Direktor der Ev. Akademie in Loccum. — Hellmuth Lauffs (Düsseldorf-Benrath, Benrodestraße 63) ist LtD. Regierungsdirektor a. D.



# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers  
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen  
Arbeitskreises der CDU/CSU

11. Jahrgang, Heft 8/9

August/September 1963

---

## Für und wider die Realpolitik

Ist das in den letzten Jahren vielzitierte Tauwetter nun doch eingetreten? Hat der Sommer 1963 jenen Umschwung in den internationalen Beziehungen gebracht, auf den die Menschen lange gehofft und die Politiker hingearbeitet haben? Ist der Abschluß des Vertrages über die Einstellung der Kernwaffenversuche ein vereinzelt, für die Sicherheit des Westens vielleicht gefährliches Ereignis, oder ist er ein Symptom für eine die Welt umspannende Entwicklung, an deren Ende eine neue politische Konstellation stehen könnte? Solche und ähnliche Fragen sind in den vergangenen Wochen in den Leitartikeln und den politischen Diskussionen in der westlichen Welt gestellt und zum Teil sehr verschieden beantwortet worden. Wie immer die Antworten ausfielen, sie bestimmten die Stellung der Kommentatoren und Politiker zu dem Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche.

Vielleicht entspricht allerdings der Inhalt des Vertrages gar nicht den harten Diskussionen, die um ihn in Regierungen und Parlamenten vieler Staaten geführt werden. Seine Bestimmungen sind zum Teil so dehnbar, daß von daher gesehen sich die Lage nur geringfügig verändert hat. Aber die scharfen Auseinandersetzungen selbst weisen schon darauf hin, daß man den Vertragsabschluß weithin als Zeichen des beginnenden Tauwetters wertet. Manche halten das für einen Fortschritt, andere sprechen von einer großen Gefahr, die der Sicherheit des Westens droht. Dabei wird leicht die Bedeutung des Vertrags überbewertet und der große Rahmen der politischen Entwicklung aus den Augen verloren, im Blick auf den man nun in der Tat von Tauwetter sprechen kann. Denn es tauen die großen Blöcke, jene politischen Gebilde, deren Gegenüber in den vergangenen fünfzehn Jahren den ergebnislosen Ausgang zahlloser Konferenzen bedingt und das Leben der großen Mehrzahl der Menschen auf dieser Erde in vieler Hinsicht bestimmt hat. Im Osten spitzt sich der Gegensatz zwischen Rußland und China von Tag zu Tag zu. Aber auch der Zusammenhalt des Westens hat sich gelockert. De Gaulle's Alleingang im Blick auf die Einstellung der Kernwaffenversuche, Englands Weigerung, an einer multilateralen Überwasser-Atomstreitmacht teilzunehmen, und die Diskussionen in der Bundesrepublik zeigen, wie schwer es geworden ist, die gemeinsamen Interessen auf einen Nenner zu bringen. Die Diplomaten müssen mehr und mehr Zeit darauf verwenden, einander die gegenseitigen Standpunkte zu erklären.



Bei all diesen Entwicklungen ist der eigentliche politische Gegensatz zwischen Ost und West im wesentlichen bestehen geblieben. Er ist allerdings zum Teil von jenen anderen Ereignissen überdeckt worden. Aber weder hat sich die Situation in Berlin noch in Süd-Ostasien verbessert; der Kampf um den Einfluß in Afrika und Asien geht unvermindert weiter; und auch der Gegensatz zwischen den gesellschaftlichen Systemen, bestehe er nun in Wirklichkeit oder nur in der Theorie, hat sich nicht gemildert. Ost und West sind sich darin einig, daß man dem anderen kein Stück Boden überlassen darf.

Aber man ist sich auch noch im Blick auf etwas anderes einig — und damit ist das dritte Element genannt, das die heutige Lage bestimmt. Die beiden führenden Staatsmänner des Ostens und des Westens sind sich darin einig, daß die Vielfalt der machtpolitischen und der ideologischen Gegensätze der Tatsache untergeordnet werden muß, daß die gegenseitige Vernichtung der staatlichen Existenz möglich geworden ist. An diesem Punkt hat die Kuba-Krise des vergangenen Jahres ohne Zweifel den entscheidenden Wandel gebracht. Die Ideologien, die das politische Denken auf beiden Seiten bestimmen, sind mit den Tatsachen der modernen Welt zusammengestoßen. Dadurch aber ist diese Welt anders geworden. Die Gegensätze sind geblieben, aber die Mentalität derer, die direkt mit den Gegensätzen zu tun haben, hat sich gewandelt. Kennedy und Chruschtschow als die Verantwortlichen verstehen wahrscheinlich ihre gegenseitige Position besser als viele Politiker in ihren eigenen Reihen. Der Briefwechsel zwischen Chruschtschow und den Chinesen ist dafür ein beredtes Beispiel. Aber auch die Angriffe, die von dem republikanischen Senator Goldwater gegen Kennedy geführt werden, zeugen von dem gleichen Geist. Beiden Staatsmännern wird vorgeworfen, daß sie sich von dem Gegner hätten einschüchtern lassen, obgleich dieser letztlich doch nicht bereit gewesen wäre, die absoluten Konsequenzen zu tragen. Deshalb wirft man den Staatsmännern vor, sie hätten eine Chance verpaßt, sie hätten die die Gesellschaft tragenden Werte verraten, sie seien „Leisetreter“. Die Chinesen sprechen davon, Chruschtschow habe vor dem amerikanischen „Papiertiger“ klein beigegeben und in Amerika hat man den alten Vorwurf des „going soft on Communism“ wieder aus der Mottenkiste hervorgeholt.

Wie schon so oft zuvor lehnen sich die Verteidiger der Ideologien gegen die Tatsachen auf. Sie können nicht einsehen, daß das, was gestern richtig und wahr war, in einer gewandelten Welt keine Gültigkeit mehr haben soll. Sie fühlen, daß ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen wird, wenn man von ihnen fordert, der Welt in anderer Weise als früher zu begegnen. Ihre Stärke liegt darin, daß die Gegensätze zwischen Ost und West tatsächlich nicht über Nacht verschwunden sind. Es ist aber ihre Schwäche, daß sie nicht erkennen, wie inmitten der alten Gegensätze neue Tatsachen entstehen, die über die Fronten hinweg ein verbindendes Element darstellen. All das bedeutet nichts anderes, als daß die Welt erneut in die alte, in vieler Hinsicht kurzschlüssige Auseinandersetzung zwischen den Realpolitikern und den Ideologen geworfen worden ist.

Wir haben in der Bundesrepublik diese Diskussion in den vergangenen zehn Jahren gerade auf evangelischer Seite zur Genüge geführt. Wir haben die Probleme, wenn auch im Blick auf andere konkrete Fälle, immer wieder durchdacht, und wir haben in dieser Zeitschrift oft eine klare Stellung beziehen müssen. Wir sind uns deshalb bewußt, daß man uns von mancher Seite freudig zustimmen wird, wenn wir nun für die Anerkennung bestimmter politischer Tatsachen plädieren. Man wird uns sagen, man



habe uns gerade eine solche Anerkennung der Tatsachen für die deutsche Politik immer wieder empfohlen und vor jeglicher Form einer ideologischen Politik gewarnt. Endlich, so werden wir hören, seht ihr ein, was wir schon gewußt haben, als es noch um Wiederbewaffnung und atomare Rüstung ging. Aber damals wart ihr noch auf eure Ideologie eingeschworen.

Wir müssen diese Realpolitiker enttäuschen, denn sie waren uns damals und sind uns heute, wo immer ihre Thesen aufgenommen werden, letztlich nicht realistisch genug. Sie haben nämlich niemals die Wirklichkeit, die Funktion und die Berechtigung weltanschaulich gebundenen Denkens in der Politik erkannt. Solches Denken trübt ihrer Meinung nach den Blick für die Wirklichkeit und macht eine wirksame Politik unmöglich; es erlaubt dem Politiker nicht — so meinen sie —, den Tatsachen unbefangenen gegenüberzutreten, weil es ihn auf bestimmte Werte und Weltbilder festlegt.

Wir haben nie verkannt, daß hier in der Tat eine Gefahr liegt. Wir wissen, daß bestimmte Wunschbilder und Vorstellungen von dem, was sein sollte oder auch nicht sein dürfte, den Blick für das trüben kann, was politisch möglich oder in einer bestimmten Situation gefordert ist. Aber wir haben uns nie der Illusion hingegeben, als könnte sich der Politiker von dem freimachen, was er an politischen Wertvorstellungen aus seiner eigenen und der Vergangenheit seines Volkes mitbringt, und von dem, was er sich immer wieder neu erarbeitet, oder er könne sich von den Zielen freimachen, auf die er seine Arbeit ausrichtet. Immer wird er die vor ihm liegenden Tatsachen in einer gewissen Weise auswählen und bewerten, immer wird die Erfassung dessen, was ist, und die Art und Weise, wie es in der Sicht sein sollte, zueinander in Beziehung treten und ein mehr oder weniger geschlossenes Ganzes ergeben. Der Politiker, der von jedem weltanschaulichen Denken frei seine Entscheidungen fällt, muß erst noch geboren werden; der Politiker, der nicht hier und da ganz massiv zum Ideologen wurde, ist in der Geschichte noch nicht aufgetreten.

All das zu wissen, bedeutet nicht, daß wir die Distanz zu unseren Wertvorstellungen und den weltanschaulichen Elementen in unserem Denken verlieren dürften. Dieses Wissen gibt uns vielmehr geradezu die Möglichkeit, die rechte Distanz zu bekommen, frei auf alle Tabus zu schauen, die das politische Denken durchziehen; es gibt uns die Möglichkeit, auch jene Bereiche zu durchdenken und zu diskutieren, die man nach Meinung mancher Leute nicht anpacken sollte und die es auch in unserer deutschen Wirklichkeit zur Genüge gibt. Wir bringen die Wertvorstellungen aus der Vergangenheit mit, sie stellen die Summe dessen dar, was gestern und vorgestern richtig war. Sie wollen uns in ihren Bann schlagen, weil hinter ihnen das Gewicht des Gewordenen steht, das unseren Vorgängern und vielleicht uns selbst einmal viel bedeutet hat. Wir werden es nicht leichtin abtun, denn wir verdanken viel von dem, was wir heute sind, dem, was wir gestern geschaffen haben.

Aber wir dürfen nicht bei ihm stehen bleiben. Es ist gut, wenn das Denken gegründet ist; es ist gut, wenn man einen Standpunkt hat. Aber ein Standpunkt gilt nichts im Fluß des Geschehens, das die Geschichte ausmacht, wenn man auf ihm beharrt, wenn man ihn nicht dazu benutzt, neues Land zu erproben und neuen Möglichkeiten offen gegenüberzutreten. Keine Situation ist so gut, daß sie nicht noch verbessert werden könnte, keine Lage — weder die eines einzelnen, noch die eines Volkes — ist für alle Zeiten gottgewollt, denn der Wille Gottes geht nie in ihr auf. Er tritt uns vielmehr im Wandel der Dinge und den neuen Tatsachen gegenüber.



## Berlin — ein Tabu?

Es gab einmal einen deutschen Minister, der plädierte allen Ernstes dafür, jeden, der von der Möglichkeit eines deutschen Verzichtes auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße sprach, des Landesverrats anzuklagen. Dieser bestürzende Vorschlag war extremer Ausdruck jener weitgehenden „Tabuisierung“ alles dessen, was mit dem Schlagwort „Ostpolitik“ bezeichnet ist.

Unmerklich fast, doch stetig, hat sich dem Tabu der Oder-Neiße-Frage ein zweites Tabu zugesellt: Berlin und seine Mauer. Dies wurde offenkundig, als unlängst Magnifizenz und Allgemeiner Studentenausschuß der Freien Universität denjenigen Studenten, die sich als „Fluchthelfer“ betätigen, nahelegten (nicht mehr!), das Studentendorf der FU zu verlassen, um ihre Kommilitonen nicht zu gefährden. Wie inzwischen bekannt geworden ist, bestanden sehr konkrete Gründe für diesen Beschluß, der gewiß nicht leichten Herzens gefaßt wurde, zumal an einer Universität, die in der Auseinandersetzung mit dem Totalitarismus eine ihrer wesentlichen Aufgaben sieht. Daher sollte man sich hüten, einen der Beteiligten allzu voreilig zu verdammen oder zu loben.

Doch gerade dies ist geschehen. Manchenorts konnte man pauschale Verurteilungen hören, wie z. B. die des Berliner Bürgermeisters, der das Verhalten des Rektors, Professor Heinitz, „tief beschämend“ nannte. In den Vergröberungen, die ein Teil der Presse der ganzen Angelegenheit gab, konnte es geradezu dazu kommen, daß der, der sich gegen die Aktionen der „Fluchthelfer“ aussprach, als Verteidiger der Mauer hingestellt wurde. Die SED-Propaganda tat das Ihre, um die schrillen Töne zu vermehren.

Worum geht es? Es geht ganz einfach darum, daß es im Angesicht der Mauer nicht möglich ist, mit Vokabeln wie „tief beschämend“ zu arbeiten. Die Mauer ist eine schwere Belastung für Berlin wie für das gesplittete Deutschland. In ihrem Schatten geschieht vieles, was mit derartiger Schwarz-Weiß-Malerei nicht zu verstehen ist. Zudem sind solche vordergründigen Frontbildungen nicht geeignet, das Nachdenken über das deutsche Schicksal zu fördern, dessen wir so dringend bedürfen. Berlin und die Mauer dürfen nicht zum Tabu der deutschen Politik werden, sie sind für Schlagworte und Propaganda nicht geeignet . . . -ck-

## Begegnung in Ostberlin

Als Nikita Chruschtschow seinen Geburtstagsbesuch in Ostberlin machte, bewegte er sich nicht nur im Kreis seiner Genossen, sondern zwei Stunden lang saß er auch mit einem evangelischen Pfarrer zusammen. In Schloß Niederschönhausen empfing er den Westberliner Generalsuperintendenten Hans Martin Helbich. Diese Begegnung ist in mancher Hinsicht ungewöhnlich. So handelt es sich bei Helbich keineswegs um einen geistigen Kollaborateur des kommunistischen

Regimes, sondern um einen bayerischen Lutheraner solider Prägung. Er kam auch nicht aus dem Herrschaftsbereich Ulbrichts, sondern aus dem westlichen Berlin, das durch die Mauer abgetrennt ist.

Eben diese Mauer war der Gesprächsgegenstand, der die beiden Männer zusammenführte. Allerdings scheint man die schwerwiegenden politischen Fragen verständlicherweise ausgeklammert zu haben, und um so bewußter konnte sich Helbich den menschlichen Problemen zuwenden. Er gehört zu denen, die schon seit langer Zeit von der Frage umgetrieben werden, wie man wenigstens die schwersten Belastungen mildern kann, die durch die Mauer entstanden sind. Er denkt dabei vor allem an die Zerreißung der Familien oder die Tatsache, daß nicht einmal bei schweren Krankheiten oder gar bei Todesfällen ein Zusammenkommen möglich ist. Er denkt an die Verlobten und die Eheleute, die durch die Mauer hermetisch voneinander abgeschlossen sind und für die es beim gegenwärtigen Stand der Dinge nicht die geringste Aussicht gibt, wieder einmal zusammen zu sein oder gar gemeinsam leben zu können. Nicht zuletzt hat er auch manche Ostberliner Kranke im Auge, die auf Medikamente aus dem Westen angewiesen sind und denen bisher nicht geholfen werden durfte.

Obwohl der Westberliner Geistliche in der Hauptsache von diesen Problemen sprach, scheint er doch auch auf gesamtkirchliche Probleme hingewiesen zu haben. So betonte er, daß die Evangelische Kirche in Deutschland sich nach wie vor als eine untrennbare Gemeinschaft verstehe, und sprach den Wunsch aus, daß ihr wieder Gelegenheit gegeben werde, zu gemeinsamen Synoden und sonstigen Beratungen zusammenzukommen.

So interessant es natürlich wäre, von einem solchen Gespräch möglichst sofort konkrete Ergebnisse registrieren zu können, so unrealistisch wäre es, wenn man damit rechnen wollte. Immerhin fällt allein schon die Tatsache ins Gewicht, daß es einem Mann der Kirche möglich wurde, unter Überspringung aller Zwischeninstanzen einmal dem mächtigsten Mann des östlichen Machtbereichs dieses Bild vor Augen führen zu können. Vor allem aber ist es aufschlußreich, daß der Chef des Kreml einem Geistlichen aus Westberlin überhaupt die Gelegenheit gab, ihm diese Fragen vorzutragen, und offensichtlich scheint er alle Argumente aufgeschlossen zur Kenntnis genommen zu haben. Zum mindesten antwortete er nicht mit dem sonst geläufigen „Njet“, sondern erklärte sich bereit, die ihm vorgetragenen Wünsche an die zuständigen Stellen weiterzugeben.

Bedenkt man das Hauptthema, das dieses Gespräch bestimmte, dann fällt auf, daß die Kirche hier eigentlich nicht in eigener Sache redete. Im Mittelpunkt stand die menschliche Not, die durch politische Entscheidung entstanden ist. So wenig sich die Kirche in diesem Fall befugt sah, zu den politischen Aspekten Stellung zu nehmen, so sehr fühlte sie sich verpflichtet, die menschlichen Gesichtspunkte geltend zu ma-



chen. Der Westberliner Generalsuperintendent hat sich damit nicht nur zum Sprecher seiner Kirchenglieder, sondern aller, die unter dieser Not leiden, gemacht, und er hat damit ein Amt der Kirche wahrgenommen, das ihr sicher auch in unserer Zeit zusteht.

e. st.

### Studium ohne Freiheit?

Die Situation an den deutschen Hochschulen ist zum Lieblingsthema aller Kulturpolitiker geworden. Der Vorschläge zur Lösung der Misere sind Legion, so daß sich der Außenstehende kaum noch im Gestrüpp der Meinungen und Gegenmeinungen zurechtfindet.

Einen bemerkenswerten Beitrag hat der hessische Kultusminister geliefert. Nach Presseberichten hat Professor Schütte vorgeschlagen, bestimmte Semesterhöchstzahlen für die einzelnen Fachrichtungen einzuführen, um fehlende Studienplätze schnell freimachen zu können.

Es kann nicht bestritten werden, daß die Studienzeit heute wesentlich länger als früher dauert. In den Jahren 1925/1929 machten noch 30% aller Studenten im siebten oder achten Semester ihr Examen, 1959 nur noch zehn Prozent, während 72,3% überhaupt erst nach dem elften Semester oder später die Universität verließen (1959). Trotz dieser Tatsache muß jedoch bezweifelt werden, ob der Weg, den Minister Schütte vorschlägt, geeignet ist, das Problem einer Lösung zuzuführen. Denn die Tatsache des ausgedehnten Studiums liegt ja weniger darin begründet, daß die Studenten bummelten — auch das gibt es —, sondern u. E. vor allem in den bestehenden Prüfungsordnungen.

Diese verlangen eine solche Vielzahl von Scheinen in Seminaren und Übungen, daß z. B. ein Student der Philosophischen Fakultät, der in das „Höhere Lehramt“ strebt, mindestens zehn Semester benötigt, um alle Scheine „sammeln“ zu können, die für seine mindestens zwei Prüfungsfächer sowie die „P-Fächer“ (Philosophie, Politik, Psychologie, Pädagogik) vorgeschrieben sind. Hinzu kommt, daß viele Professoren die Scheine, die an anderen Universitäten „gemacht“ wurden, nicht anerkennen und Scheine aus ihren eigenen Seminaren verlangen. So kann der Student nichts Klügeres tun, als immer an der selben Hochschule zu bleiben, um nur keine Zeit zu verlieren. Daher ist auch die Zahl der Studenten, die an zwei oder mehr Universitäten studieren, nicht gerade hoch. Die Folgen zeigen sich freilich an einer gewissen Einseitigkeit der Ausbildung, die unter diesen Umständen kaum zu vermeiden ist.

Diese wenigen Hinweise, mit denen die Problematik keineswegs erschöpft ist, zeigen, daß die Pläne Schüttes an der Wirklichkeit der deutschen Hochschule vorbeizielten. Sein Plan könnte nur dann erfolgreich sein, wenn der ganze Ablauf des Studiums ministeriell in allen Einzelheiten festgelegt würde. Dies aber hätte das Ende der viel beredeten und in Festreden so gern

gepriesenen akademischen Freiheit unweigerlich zur Folge. Will dies Minister Schütte? Wir möchten es nicht annehmen!

b. u.

### Gesamtdeutsche Unklarheiten

Die außenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik, die seit den Tagen, da die SPD ihren Deutschlandplan begraben hatte, weitgehend verebbt war, ist wieder aufgelebt. Ausgangspunkt der divergierenden Stellungnahmen war Berlin, wo sich die Fronten zwischen den einst sehr einigen Parteien seit der letzten Wahl zusehends versteift haben. Damals ging es um den Versuch des Bürgermeisters, den in Ostberlin weilenden sowjetischen Ministerpräsidenten zu treffen. Heute geht es wieder um ein Treffen zwischen Ost und West, wenn auch auf wesentlich tieferer Ebene.

Die Diskussion begann mit der aufsehenerregenden Rede des Pressechefs des Berliner Senats vor dem Politischen Club der Evangelischen Akademie in Tutzing. Ihr folgte nun kürzlich eine polemische Rede des zweiten Bürgermeisters der Stadt, in der er die gesamtdeutsche Politik der Bundesregierung in scharfen Worten angriff und ihr Zaghaftheit, Mißtrauen und provinzielle Angstlichkeit vorwarf. Als letzte Stellungnahme liegen nun die 10 Punkte vor, die während des Deutschlandtreffens der SPD in Hamburg publiziert wurden.

Es ist nicht überraschend, daß die Spaltung Deutschlands und die Mauer quer durch Berlin Anlaß politischer Diskussionen sind. An ihnen wird immer wieder deutlich, wie unhaltbar der Zustand und wie stark das Verlangen ist, über diesen status quo hinauszukommen. So gesehen sind die Auseinandersetzungen auch wertvoll, denn sie können gerade dem Ausland beweisen, daß sich die Deutschen mit der Spaltung nicht zufrieden geben dürfen. Aber es muß um echte Auseinandersetzungen gehen. Wenn das Mitglied einer Landesregierung oder deren offizieller Sprecher sich zur deutschen Politik äußern, und wenn des letzteren Ausführungen von dem offiziellen Organ seiner Partei übernommen werden, dann darf man auch erwarten, daß die Partei selbst offiziell dazu Stellung nimmt. Das aber hat die Sozialdemokratische Partei bisher versäumt. Auch auf dem Deutschlandtreffen ist man vornehm über die Äußerungen der beiden nicht unbedeutenden Mitglieder hinweggegangen. Nichts gegen die Auseinandersetzung als solche. Unsere Politik kann Denkanstöße immer wieder gebrauchen. Geschehen sie im vollen Bewußtsein der Konsequenzen, die sie haben können, darf man sie nicht verurteilen. Aber man darf auch erwarten, daß eine Partei sich klar ausspricht. Sonst geraten wir in die Gefahr, daß die Deutschlandpolitik dazu benutzt wird, Schlagzeilen zu machen und die Namen einiger Politiker in der Öffentlichkeit hochzuspielen. Es mag Bereiche der Politik geben, in denen wir uns eine solche Haltung leisten können. Die gesamtdeutsche Politik ist dazu ein ungeeignetes Objekt!

e. a.



# Deutsche Politik und Moskauer Vertrag

Dietrich Schwarzkopf

Die Diskussion über die Rolle der deutschen Frage bei den Entspannungsverhandlungen wird so lange andauern wie diese Verhandlungen selbst. Offensichtlich zielen die Entspannungsgespräche nicht auf eine Generalvereinbarung des Ost-West-Verhältnisses ab, sondern darauf, möglichst viele einzelne Punkte der Übereinstimmung zu finden, die dann in ihrer Gesamtheit die Ost-West-Spannung lockern sollen. Bei jedem dieser Punkte wird die Bundesrepublik zu der Frage Stellung nehmen müssen, ob die deutschen Interessen genügend berücksichtigt seien. Sie wird dies in einer Form tun müssen, die ein Maximum an Berücksichtigung der deutschen Interessen durch Amerika und England, die die Entspannungsgespräche mit Moskau führen, ermöglicht.

Der Atomteststopp-Vertrag soll nach amerikanischer und englischer Auffassung den Auftakt zu der erhofften Serie von Entspannungsvereinbarungen bilden. Es ist deshalb nützlich, nachträglich zu prüfen, ob die Art und Weise, in der die deutschen Interessen geltend gemacht wurden, zu dem gewünschten Erfolg geführt hat, und ob sie für künftige Fälle zu empfehlen ist.

Um die Bonner Reaktion richtig beurteilen zu können, muß man sich zunächst Bedeutung und Charakter des Teststopp-Vertrages ins Gedächtnis zurückrufen. Es handelt sich um einen Vertrag zwischen den drei Atommächten Amerika, England und Sowjetunion, worin sich die Teilnehmer verpflichten, Kernwaffen-Versuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser zu unterlassen. Da alle drei „ursprünglichen Teilnehmer“ solche Versuche für ihre Atomstreitkräfte nicht mehr benötigen, hat der Vertrag für die militärische Rüstung der Atommächte keine praktische Bedeutung. Ungleich größer ist dagegen die psychologische Bedeutung. In der Weltöffentlichkeit wurde der humanitäre Wert des Abkommens hoch veranschlagt, weil damit einer weiteren atomaren Verschmutzung der Luft und des Wassers Einhalt geboten wird. Schon deshalb konnte der Vertrag einer weltweiten Zustimmung sicher sein.

Der Vertrag selbst sieht vor, daß „alle Staaten“ ihre Zustimmung durch Unterschrift oder Beitritt ausdrücken können. Die drei „ursprünglichen Teilnehmer“ waren sich klar darüber, daß auf diese Weise zahlreiche Staaten Vertragspartner werden würden, die nicht in der Lage sind und kaum jemals in der Lage sein werden, eigene Atomversuche zu veranstalten. Ihr Beitritt hat die Bedeutung, daß er die Ausübung eines moralischen Drucks auf diejenigen Mächte ermöglicht, die sich das Recht zu Atomversuchen vorbehalten haben, nämlich auf Frankreich und Rotchina. Die All-Beteiligungs-Klausel macht deutlich, daß es sich bei dem Teststopp-Vertrag in Wirklichkeit vor allem um einen ersten Schritt zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen handelt und insofern um den Vorläufer eines Abkommens über ein Verbot der Weitergabe von Atomwaffen. In diese Richtung zielt auch die Vertragsbestimmung, worin sich die Teilnehmer verpflichten, Atomversuche anderer

Länder nicht zu ermutigen oder zu unterstützen. Zum ersten Male verpflichten sich damit NATO-Staaten gegenüber Ost-Block-Staaten, eine Unterstützung der Atomrüstung des NATO-Partners Frankreich zu unterlassen. Zum ersten Male gehen aber auch Ostblock-Staaten eine entsprechende Verpflichtung gegenüber dem Westen in Bezug auf Rotchina ein.

Der Charakter des Teststopp-Vertrages als eines Instruments zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen legt nahe, territoriale Komplettheit anzustreben. Auf amerikanischer Seite bestand der Wunsch, den Vertrag insbesondere für einen Beitritt Rotchinas offenzuhalten, mit dem freilich praktisch nicht zu rechnen ist. Das warf für Washington das Problem der Nichtanerkennung auf, denn bekanntlich unterhalten die Vereinigten Staaten keine diplomatischen Beziehungen zu Peking. Nationalchina ist das entsprechende Problem für die Sowjetunion. Als Ausweg wurde bei den Moskauer Verhandlungen die Formel gefunden, daß es die übrigen Vertragspartner nicht berühre, wenn ein nichtanerkanntes Regime bei nur einem der drei „ursprünglichen Teilnehmer“ unterschreibe oder seine Ratifizierungsurkunde hinterlege.

## Das Problem der Sowjetzone

In diesem Stadium scheint für die westlichen Verhandlungspartner in Moskau das Problem der Sowjetzone nicht im Vordergrund gestanden zu haben. Als Washington die Bundesregierung darüber unterrichtete, daß territoriale Komplettheit angestrebt werde, und daß deshalb auch die Bundesrepublik unterzeichnen möge, kam von deutscher Seite sofort die Frage: was wird mit der Sowjetzone? Die amerikanische Antwort lautete, auch sie solle beitreten; dafür habe man schon eine sehr brauchbare Formel gefunden. Da die Bundesregierung hiervon erst wenige Tage vor der Vertrags-Paraphierung erfuhr, konnte auch dann erst der Vertragstext genau darauf geprüft werden, welche Folgen ein Beitritt der Sowjetzone haben würde. Bis dahin hatte die Bundesregierung geglaubt, in Moskau werde über einen Teststopp-Vertrag unter den drei Atommächten, allenfalls mit einer Beitritts-Aufforderung an Frankreich und Rotchina, verhandelt. Zwar hatte der Entwurf eines Teststopp-Vertrages, den die Amerikaner und Engländer am 27. August 1962 auf der Genfer Abrüstungskonferenz vorgelegt hatten, bereits eine Beitrittsmöglichkeit für „alle Staaten“ vorgesehen. Damals war aber nur an eine Depositarmacht gedacht und nicht an drei, so daß die später in Moskau vereinbarte Ausweichmöglichkeit für nichtanerkannte Regime nicht bestand. Da die Genfer Abrüstungskonferenz eine Einrichtung der Vereinten Nationen ist, mochte zudem die Annahme berechtigt erscheinen, die All-Beteiligungsklausel beziehe sich nur auf UNO-Mitglieder, zu denen die Bundesrepublik und die Sowjetzone bekanntlich nicht gehören. Überdies war der Bundesregierung nicht bekannt, daß der Genfer Ent-



wurf in Moskau zur Diskussion stand. Dies veranlaßte das Bundeskabinett, anlässlich des Beitrittsbeschlusses den Regierungssprecher die Rüge äußern zu lassen, die Vorgeschichte des Teststopp-Vertrages sei „kein Meisterwerk westlicher Konsultationskunst“ gewesen.

Die Prüfung des Vertragstextes durch die Juristen ergab eine auf den ersten Blick für die deutschen Interessen ungünstige Bestandsaufnahme. Der Vertrag gesteht den Mitgliedern bestimmte Rechte zu: zum Beispiel das Recht, Abänderungen zum Vertrag vorzuschlagen, das Recht, gemeinsam mit mindestens einem Drittel der Vertragsteilnehmer von den Depositär-Regierungen die Einberufung einer Konferenz zur Erörterung von Änderungswünschen zu verlangen, und schließlich Stimmrecht auf einer solchen Konferenz. Außerdem behandelt der Vertrag die Teilnehmer als souveräne Staaten: die Beitritts-Einladung ist an „alle Staaten“ adressiert, und der Austritt aus dem Vertrag wird als „Ausübung nationaler Souveränität“ bezeichnet. Wenn man an jeder dieser Vertragsstellen das Wort „DDR“ einsetzte, mußte das ein beunruhigendes Bild geben, wenn auch die Vorstellung seltsam erscheinen mochte, Ulbricht könne ausgerechnet durch einen Austritt aus dem Vertrag „nationale Souveränität“ demonstrieren.

#### Kennedys Zusicherungen

Auf jeden Fall war damit zu rechnen, daß Ulbricht alle sich aus dem Vertragstext ergebenden Möglichkeiten nutzen würde, die Sowjetzone als „Staat“ und als „Inhaber nationaler Souveränität“ hinzustellen. Dem mußte vorgebeugt werden. Das geeignete Mittel waren öffentliche Erklärungen der beiden westlichen „ursprünglichen Teilnehmer“, und das Bemühen der deutschen Diplomatie richtete sich sofort darauf, die Verbündeten zur Abgabe solcher Erklärungen zu veranlassen. Die erste öffentliche Äußerung Kennedys war lediglich eine Bekräftigung des in der Moskauer Formel enthaltenen Grundsatzes, daß Zugehörigkeit eines nichtanerkannten Regimes zu einem multilateralen Vertrag keine implizierte Anerkennung durch diejenigen Vertragsteilnehmer bedeutet, die das Regime bisher nicht anerkannt haben. Unabsichtliche Anerkennung, so argumentierte der amerikanische Präsident, ist nicht möglich, und die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, das Sowjetzonen-Regime anzuerkennen. Kennedy konnte außerdem auf das Abkommen über die Neutralität des hinterindischen Königreiches Laos hinweisen, das die Vereinigten Staaten und Rotchina unterzeichnet haben, ohne daß Washington deswegen Peking anerkennt.

Diese Zusicherung des Präsidenten traf insofern nicht ganz den Kern der deutschen Befürchtungen, als niemand auf deutscher Seite auch nur einen Augenblick geglaubt hatte, die Vereinigten Staaten und England wollten den Atomteststopp-Vertrag dazu benutzen, Ulbricht anzuerkennen. Die deutschen Befürchtungen bezogen sich vielmehr darauf, was es für die Stellung des Sowjetzonen-Regimes gegenüber dritten Staaten, vor allem gegenüber den neutralen Ländern Asiens und Afrikas, bedeute, wenn Ulbricht, trotz Fortsetzung der westlichen Nichtanerkennungspolitik, durch den Teststopp-Vertrag als Entspannungspartner zugelassen werde. Bolz als gleichberechtigter Vertragspartner am Kon-

ferenztisch neben dem amerikanischen und dem englischen Außenminister — das wäre ein Präzedenzfall für die internationale Stellung der Sowjetzone, der auf der Genfer Außenministerkonferenz von 1959 noch um einige Bleistiftlängen verhindert werden konnte.

Der Ausräumung dieser zusätzlichen Bedenken dienten Außenminister Rusk's Besuch in Bonn und Bundesaußenminister Schröders anschließende Reise nach London. Das Ergebnis von Rusk's Aufenthalt in Bonn war derjenige Teil seiner Erklärung vor dem Senatsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten, in dem er feststellte, daß sich die Nichtanerkennung der Sowjetzone durch Washington auf deren Rolle als Vertragspartner beziehe. Rusk betonte, daß die Vereinigten Staaten nicht nur die Sowjetzone nicht als Staat oder Inhaber nationaler Souveränität oder ihre Behörden als Regierung anerkennen, sondern daß sie sich auch „das Recht vorbehalten, Einspruch zu erheben, wenn später das ostdeutsche Regime versuchen sollte, aufgrund des Vertrages Privilegien geltend zu machen, wie etwa die Stimmabgabe auf oder die Beteiligung an einer gemäß Artikel 2 einberufenen Konferenz“. Noch präziser war das Kommuniqué über Schröders Besuch in London, worin die britische Regierung versicherte, trotz der Unterzeichnung des Teststopp-Vertrages durch Ost-Berlin würden „keine vertraglichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Ostdeutschland entstehen“, und das Sowjetzonen-Regime werde dadurch auch „keine bilateralen Verpflichtungen gegenüber Großbritannien oder einem sonstigen Staat eingehen, der es nicht anerkennt“.

Diese amerikanischen und englischen Zusicherungen, die formelle Ratifizierungsvorbehalte der beiden Mächte

---

*Kulturkritik, das ist das mehr oder weniger scharfsinnige oder tief sinnige, mehr oder minder laute oder wehmütige Jammern über das Unabänderliche. Es ist eine Profession, der der Stoff niemals ausgeht, und es ist eine Profession, die selber dafür sorgt und sorgen muß, daß ihr der Stoff niemals ausgeht. Ihre Schlagwörter ... haben es an sich, daß sie zwar eine unausgesprochene Sehnsucht nach einer besseren Menschenwelt enthalten oder voraussetzen — und das ist das Beste daran —, daß sie aber jede Idee, jeden Impuls und jede Chance zur Veränderung dieser gegenwärtigen Menschenwelt und Gesellschaft abschneiden und verleugnen. Und das ist das Schlechte, das Sterile und Fruchtbare daran.*

*Dolf Sternberger, Rede wider das Lamentieren über die Massengesellschaft, Frankfurter Allgemeine vom 29. 5. 1963*

---

darstellen, sind eine überzeugende Bekräftigung der Grundsätze der westlichen Deutschlandpolitik. Es ist ein begrüßenswertes Resultat der deutschen Bemühungen, daß diese Zusicherungen zu Beginn des Entspannungsprozesses abgegeben worden sind. Sie sind damit praktisch auch für weitere Vereinbarungen gültig. Die



Erklärungen der beiden Westmächte sind das Gegenteil einer „Aufwertung“ der Sowjetzone. Sie machen vielmehr mit Wirkung gegen jedermann klar, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Sowjetzone eben nicht als Entspannungspartner betrachten, sondern daß sie lediglich zur Kenntnis nehmen, daß sich Ost-Berlin einseitig Verpflichtungen, wie sie dem Vertragsinhalt entsprechen, zu eigen gemacht hat. Mehr konnte die deutsche Politik beim besten Willen nicht erreichen. Daß sie so viel erreicht hat, und daß sie sich vor allem nicht mit einer bloßen Wiederholung der Nichtanerkennungsabsicht begnügt hat, sollte von allen begrüßt werden, die der Meinung sind, jede entscheidende Verbesserung der internationalen Position Ulbrichts vertiefe die Spaltung Deutschlands und sei damit den deutschen Interessen abträglich.

Washington und London haben für die Bonner Befürchtungen großes Verständnis gezeigt — mehr Verständnis als manche deutschen Kritiker — und sind dem deutschen Verbündeten weiter entgegengekommen, als sie offenbar zunächst vorhatten. Dies mußte ihnen umso leichter fallen, als sie bald erkennen konnten, daß die Bundesrepublik nicht etwa ernsthaft daran dachte, auf den

---

*Wäre Glaube das Gegenteil von Zweifel, so würde niemand mit Glaubenszweifeln leben können. Aber so ist es nicht. Glaube ist das mutige Ja, das sich lebendig gegen ein vielfältiges Nein behauptet. In diesem Kampf bewegt sich der Glaube, und darum gilt von ihm: Glaube umfaßt sich selbst und den Zweifel an sich selbst. Es ist dieser Charakter des Verhältnisses zu Gott, der es den Kirchen nicht nur ermöglicht, mit Konflikten zu leben, sondern der es von ihnen und jedem Mündigen ihrer Glieder fordert. Wäre Glaube das Für-Wahr-Halten von Lehren, wäre Glaube die Unterwerfung unter die Buchstaben Heiliger Schrift oder die Dekrete einer Kirche, so wäre jeder ernsthafte Konflikt für solchen Glauben verhängnisvoll. Wenn aber Glaube Ergriffensein ist von dem, was unbedingt angeht, dann gehört Konflikt zum Glauben, wie Mut und Wagnis zu ihm gehören. Denn nichts Endliches, kein Christ und keine Kirche kann sich rühmen, das Göttliche in die Formen ihres Denkens und Lebens eingefangen zu haben. Und das ist die tiefste Wurzel aller Konflikte, in die die Kirchen notwendig hineingezogen werden und mit denen sie leben müssen, wenn sie ihrem Wesen und ihrem Auftrag treu bleiben wollen.*

*Paul Tillich in den „Ruhr-Nachrichten“ vom 24. 7. 1963 zur Kirchentagslosung*

---

Beitritt zum Teststopp-Vertrag zu verzichten. Wenn freilich von vornherein feststand, daß es für die Bundesrepublik keine Alternative zum Beitritt gab, dann ist die Frage, ob es ratsam war, die Diskussion über die möglichen Folgen des Vertrages in aller Öffentlichkeit zu führen. Gegen diese Form der Diskussion ist eingewandt worden, gerade dadurch, daß jeder nur denkbare Vorteil, den Ulbricht aufgrund des Vertrages erreichen könnte, liebevoll öffentlich ausgemalt worden sei, habe man die Sowjetzone aufgewertet. Soweit diese

Details von amtlicher Seite öffentlich erörtert wurden, erscheint das Argument berechtigt; sie hätten eher in ein vertrauliches Memorandum an die Verbündeten gehört. Andererseits hat ein großer Teil dieser Diskussion in der Presse stattgefunden, die natürlich ein Recht hat, sich eigene Gedanken über die etwaigen Folgen des Vertrages zu machen. Diese Pressediskussion dürfte der Bundesregierung im Umgang mit Washington, das die Bedeutung der öffentlichen Meinung und ihrer Organe hoch einschätzt, sehr zustatten gekommen sein.

### Kein Mißtrauen gegen Kennedy

Verfehlt wäre es, einen Widerspruch zwischen dem Jubel zu sehen, mit dem Kennedy während seines Deutschlandbesuches begrüßt worden ist, und dem Nachdruck, mit dem die deutschen Sorgen in Washington vorgebracht wurden. Denn gerade während seines Besuches hatte der amerikanische Präsident ausführlich Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, wie ernst es den Deutschen mit ihrem Wunsch nach Überwindung der Teilung ihres Landes ist. Die deutschen Sorgen waren kein Ausdruck des Mißtrauens gegen die amerikanische Politik, sondern sie wurden auf der Basis des Vertrauens zu Amerika vorgebracht, das durch Kennedys Deutschlandbesuch überzeugend bestätigt worden war, und in der Gewißheit, daß Kennedys Verständnis für die deutschen Interessen durch die Eindrücke seines Besuches gewachsen ist. Soweit in der publizistischen Diskussion und in der politischen Argumentation außerhalb der Bundesregierung Töne anklangen, die auf einen Mangel an Vertrauen zur Politik Kennedys schließen ließen, wird man sie in Amerika kaum ernster genommen haben, als man hier unfreundliche Äußerungen amerikanischer Publizisten und Parlamentarier nimmt.

Es wäre nun freilich nicht glücklich, wenn die solchermaßen bekräftigte deutsch-alliierte Nichtanerkennungs-politik durch deutsche Vorschläge in Frage gestellt würde, die darauf abzielen, den Spielraum unterhalb einer de-jure-Anerkennung Ulbrichts zu intensivieren, womöglich institutionalisierten Kontakten der Bundesrepublik oder Berlins mit dem Sowjetzonen-Regime zu nutzen. Denn Washington und London sind doch eben erst auf deutschen Wunsch mit ihrer Nichtanerkennungs-politik weit in das Vorfeld der de-jure-Anerkennung hineingestoßen, indem sie versichert haben, sie würden Ulbricht nicht einmal als Vertragspartner anerkennen. Eines der Hauptargumente westlicher Befürworter einer Anerkennung Ulbrichts ist ja gerade, die Bundesrepublik selbst habe schon mehr Kontakte zu Ulbricht als die Westmächte, von denen sie äußerste Zurückhaltung erwarte. Es wäre nötig, hier eine Gemeinsamkeit auf der Linie des von der Bundesregierung Erreichten herzustellen. Im Falle des Atomteststopp-Vertrages war ein Maximum westlicher Rücksichtnahme dadurch erreicht worden, daß der Bundesaußenminister auf deutliche Kritik im eigenen Lager hinweisen konnte, die es zu besänftigen galt. Insofern lieferten die Kritiker, selbst dort, wo sich ihre Kritik mehr auf die Person als auf die Sache bezog, dem Bundesaußenminister Schützenhilfe. Das ist eine legitime Taktik, von der freilich nicht feststeht, ob sie in allen Fällen zu dem gleichen Erfolg führt.



# Die Freiheit des Bürgers als Grundlage des freien Staates

Ulrich Scheuner

Es ist in den letzten krisenhaften Monaten deutlich geworden, daß die CDU als Partei an einer Wende ihrer Geschichte steht, daß wir aber auch darüber hinaus in unserer ganzen staatlichen Entwicklung in der Bundesrepublik an einer bedeutsamen Wende stehen. Es geht dabei nicht nur um personelle Entscheidungen, sondern es deutet sich hier auch ein sachlicher Umbruch an, der sich sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik abzeichnet. Die erste Nachkriegsperiode ist nun abgelaufen, neue Fragen, neue Entscheidungen treten heran. In der Außenpolitik, mit der wir uns hier nicht zu befassen haben, läßt sich das darin erkennen, daß die Zeit vorüber ist, in der es für eine deutsche Außenpolitik ausreichen konnte, die Eingliederung in den Bereich des Westens lediglich als Nachfolge, als Anschluß an eine gemeinsame westliche Politik aufzufassen. Es ist zweifelhaft, ob es eine solche gemeinsame westliche Linie heute noch gibt. Jedenfalls aber ist das relative Gewicht unseres Staates so sehr gewachsen, daß eine solche passive Hinnahme fremdbestimmter Zielsetzungen nicht mehr zureichen kann, daß man von uns heute vielmehr eine selbständige außenpolitische Stellungnahme in vielen Fragen erwartet und verlangt. Das ist bei der Entscheidung über den englischen Beitritt zur EWG sehr deutlich geworden. Hier hat die deutsche Politik sich durch eine Zurückhaltung in dem englisch-französischen Gegensatz einer eigenen Wahl zu entziehen gesucht. Es sieht aber so aus, als ob man im Ausland nicht bereit ist, eine solche Enthaltung als eine Befreiung von eigener Verantwortung anzunehmen.

## Wende in der Innenpolitik

Auch in der Innenpolitik stehen wir am Ausgang der ersten Epoche seit dem Kriege. Der Wiederaufbau ist abgeschlossen und das bedeutet, daß in der Innenpolitik nun die wirtschaftlichen und sozialen Fragen im enger werdenden Raume schwieriger werden. Es geht nicht mehr nur um die Steigerung des nationalen Einkommens, es geht nun auch darum, eine gerechte Verteilung begrenzter Mittel zu erreichen. Deutschland hat als Wirtschaftsmacht wieder einen maßgebenden Platz unter den Nationen errungen, einen Platz freilich, der seine politische Position weit übersteigt. In Zukunft werden möglicherweise die sozialen Auseinandersetzungen härter werden. Sozialpolitische Reformen, das Schicksal der Landwirtschaft, die Stauung der Inflation, alle diese Themen werden an Bedeutung gewinnen, und man kann daher erwarten, daß das relative Gewicht der Innenpolitik in Zukunft zunehmen wird.

In dem Moment, da ein neuer Abschnitt der Innen- und Außenpolitik sich ankündigt, erscheint auch eine Neubesinnung über die Grundlagen unseres politischen Lebens nicht unangebracht. Sie führt uns unvermeidlich auf die Frage, die jeder, der über das Schicksal unseres Staatswesens nachdenkt, sich immer wieder vorlegen wird: Ist es gelungen, diese auf dem Gedanken der Freiheit und

der Demokratie aufgebaute westdeutsche Staatsordnung fest zu begründen? Ruht sie auf sicheren und dauerhaften Grundlagen, die auch Rückschläge überstehen können? Wir werden diese Frage sicherlich mit größerer Zuversicht beantworten können, als dies einst in der Weimarer Republik möglich war. Es fehlen heute die große rückwärts eingestellte Opposition auf der Rechten und die breite radikale Linke, die einst den Weimarer Staat unterhöhlten. Das ist nicht zuletzt das Verdienst der Gründung der CDU, die das Entstehen einer politisch heimatlosen Rechten, gerade auch im evangelischen Volksteil, verhütet. Dafür sind wir aber heute allezeit vor die lauernde Gefahr aus dem Osten gestellt, die einen Teil unseres Volkes beherrscht und umklammert. Wir haben den demokratischen Staat sicherer und auf Grund der Erfahrungen vielleicht solider fundiert, aber wir kämpfen nach wie vor mit der Mattigkeit, Passivität und politischen Zurückhaltung weiter Kreise. Vor allem liegt auf unserer staatlichen Existenz die schwere Hypothek der Teilung unseres Volkes, die es so schwer macht, die Aufbauleistung der letzten 15 Jahre in ihrem nationalen Gehalt zu einer wirklichen Erfahrung der deutschen Bevölkerung zu machen.

Woran es — und damit berühre ich eine tiefere Frage — immer noch fehlt, das ist ein der demokratischen Lebensform entsprechendes klares Bewußtsein der Freiheit als einer politischen Freiheit und Verantwortung. Das rechte Verhältnis von Freiheit und Autorität ist immer noch eine offene Frage in unserem politischen Leben. Die Vorgänge der letzten Monate, in denen sich eine politische Fehlhandlung zu einer gewissen politischen Krise ausweiten konnte, haben die hier bestehende Unsicherheit erneut gezeigt. Ich möchte daher, wenn ich hier von der Freiheit des Bürgers spreche, dies Verhältnis von Freiheit und Autorität in die Mitte stellen.

## Freiheit und Autorität

Der Gedanke der Freiheit, grundlegend für jeden demokratischen Staat, begegnet in unserem Volke Mißverständnissen nach manchen Richtungen hin. Was bedeutet demokratische Freiheit? Sie beinhaltet zunächst einen Raum freier Entfaltung, der dem Bürger um seiner selbst willen gegeben ist. Aber sie hat zugleich einen politischen Sinn. Diese freie Sphäre ist dem einzelnen gelassen, um aus ihm einen freien Bürger, um ihn reif und fähig zur aktiven politischen Gesinnung und Mitarbeit zu machen. Freiheit in der Demokratie ist daher nicht lediglich Freiheit vom Staate, sondern sie ist auch Freiheit zum Staate. Es ist ein großes und ernstes Mißverständnis, Freiheit in der Demokratie als Staatsfremdheit und Staatsferne mißzuverstehen.

Freiheit steht, wenn wir sie als Teil der modernen Gesellschaft betrachten, immer in einem sozialen Zusammenhang. Sie kann niemals absolute Freiheit des Individuums bedeuten, sie kann sich nur im Zusammenleben mit anderen erfüllen, d. h. sie ist ein Begriff, der Grenzen



kennt, der Pflichten und Verantwortungen in sich schließt.

Freiheit als sittliche Freiheit bedeutet, daß der einzelne nach seinem Gewissen handelt und sich von seinen Überzeugungen leiten läßt. Im politischen Sinne wiederum kann dies nicht in der Isolierung des Individuums geschehen. Die sittliche Freiheit ist ohne Bereitschaft zur Kooperation, zum Zusammenwirken mit anderen, und ohne die Bereitschaft, dem Ganzen zu dienen, unfruchtbar. Sie führt in die Vereinzelung, sie läßt keine politische Gemeinsamkeit entstehen.

Endlich aber kann die Freiheit des einzelnen nicht ohne die Freiheit des Staates behauptet werden. Ohne einen freiheitlichen Staat hat individuelle Berechtigung keine Sicherheit und keine Gewähr. In dem Augenblick, wo der freie Staat zusammenfällt, ist es auch mit allen Grundrechten und Zusicherungen, mit allen Menschenrechten zu Ende. Wer sich nicht klarmacht, daß die Freiheit des einzelnen nur erhalten bleiben kann, wenn das freiheitliche Gemeinwesen fest gegründet ist, der verkennt ein entscheidendes Moment der Freiheit.

Wenn das Mißverständnis der Freiheit als eine Abkehr vom Politischen heute so verbreitet ist, so ist es gewiß nicht schwer, die Ursache hierfür in dem Erbe zu entdecken, das das „Dritte Reich“ uns hinterlassen hat. Ein System, das die Momente der Pflicht, der Hingabe und des Staatsbewußtseins so außerordentlich mißbraucht hat, mußte in seinem Gefolge Ermüdung, Abwehr und Abseitsstehen hinterlassen. Es ist bis heute namentlich in der jüngeren Generation noch nicht gelungen, diese mehr negative Haltung ganz zu überwinden. Die Meinung, daß Freiheit sich am sichersten im Abseitsstehen vom Staat, von aller Politik verwirklichen ließe, ist weit verbreitet. Es ist kaum nötig zu betonen, daß eine solche Auffassung die Gegebenheiten der modernen Gesellschaft verkennt, in der jeder in seiner Lebensführung auf das stärkste von der Allgemeinheit und von der Vorsorge des Staates abhängig ist. Im Grunde ist, wie es Karl Jaspers ausgesprochen hat, absolute Freiheit eine leere Vorstellung, weil Freiheit nur von ihrer Begrenzung her als solche verstanden werden kann.

Freilich setzt rechtverstandene Freiheit, die im kantischen Sinne freiwillig übernommene Bindungen in sich birgt, auch voraus, daß eine solche Gesinnung von der Seite des Staates und der Regierenden eine Antwort erhält. Hier mag sich für unser öffentliches Leben die ernste Frage erheben, ob es für einen Staat zureicht, immer nur die materielle Gesinnung der Menschen anzusprechen, ob der Staat, der keine Anforderungen an die Menschen über materielle Fragen hinaus zu stellen weiß, nicht für sich selbst zu wenig tut. Wir haben uns in den letzten Jahren in Deutschland allzusehr daran gewöhnt, fast alle Fragen nur noch unter dem Gesichtspunkt der Wohlstandsmehrung und des materiellen Ertrages zu bedenken. Eine Partei, die wie die CDU auf einem Fundament ruht, das jenseits des reinen Nützlichkeitsdenkens liegt, sollte sich immer wieder an die Notwendigkeit erinnern, dem Gedanken der Freiheit einen sittlichen Gehalt über das bloße Fernsein von Zwang hinaus zu geben. Man sollte nicht zögern, in unserem öffentlichen Leben auch einmal wieder mit mehr Nachdruck von jenen Eigenschaften zu

sprechen, ohne die auf die Dauer ein Volk nicht bestehen kann: von Dienst, Pflicht, Maß und Opfer.

### Vertrauen und Kritik

Zu dem zweiten Grundbegriff, der Autorität, gehören in meinen Überlegungen Vertrauen und Kritik. Die Schwäche des Staatsbewußtseins, zu deren Erklärung ich soeben auf das Erbe unserer jüngsten Vergangenheit hinwies, hat noch eine zweite Wurzel. Soweit sie zu einem gewissen passiven Abseitsstehen, zu einer bloßen kritischen Ablehnung ohne eigene aktive politische Bemühung führt, ist sie von einem eigentümlich zähen Nachleben jener Haltung bedingt, die man in der Weimarer Zeit dem Obrigkeitsstaat gegenüber einnahm. In der Tat hat sich das deutsche Volk aus einer langen Tradition des monarchischen Lebens heraus eine starke Gewöhnung an eine von oben kommende Leitung und Orientierung bewahrt. Daraus erwächst aber eine bedenkliche Neigung, die Haltung des Bürgers eines freien Staates mit der des Untertanen zu verwechseln. Der Bürger ist ein Mensch, der sich einerseits im Staate auf Grund seiner persönlichen Freiheit verantwortlich fühlt und ihm mit offener Kritik, vielleicht sogar mit einem gesunden Mißtrauen begegnet, der aber andererseits nicht in der Negation verharret, sondern mitzuwirken bereit ist, um die Verhältnisse zu bessern. Für den Untertanen dagegen war seit jeher bezeichnend, vor den Entscheidungen zu resignieren und nachher zu räsionieren. Das Übermaß der Kritik ohne Bereitschaft zur eigenen Verantwortung ist ein Erbe des Untertanendenkens, das uns Deutschen nachhängt. Daraus ergibt sich zuweilen eine gewissermaßen funktionell gespaltene Einstellung. Im großen und ganzen haben wir heute eine zu zahme Presse. Deshalb haben manche Presseorgane, die nur von der Kritik leben, einen so großen Wiederhall. Wir sollten daher der seriösen Presse Mut zur Kritik und zur Offenheit machen.

### Der politische Stil

Die Fehlhaltung der Bürger kann aber auch durch einen falschen Stil des Regierens gefördert werden. Man darf die Fragen des politischen Stils keineswegs gering schätzen. Sie bestimmen in einem hohen Maß auch die Haltung des Bürgers gegenüber dem Gemeinwesen. Unzweifelhaft hat unser Regieren manche altertümlichen Züge. Das fängt schon bei den unteren Behörden an. Es dürfte eine der dringlichsten, erfreulicherweise übrigens hier und da auch erkannten Aufgaben unserer Länder sein, sich des Stiles der Behörden und ihres Umgangs mit dem Bürger anzunehmen. Aber natürlich reicht dieser Fragenkomplex auch hinein in die Form der Beziehungen von Regierung und Volk. Das deutsche Volk liebt seit jeher eine feste Leitung. Untätigkeit, Unsicherheit oder gar Ungewißheit, wie die Dinge weitergehen, erträgt es bei seiner Regierung schwer. Aus dem gleichen Grund stellt es an die Regierenden auch hohe Ansprüche in ihrer politischen und persönlichen Haltung, denn es möchte ihnen Vertrauen entgegenbringen können. Darin aber liegt auch der große Unterschied zwischen dem demokratischen Staat und anderen Staatsformen, daß in dem ersteren die Regierung immer wieder um das Vertrauen der Wähler, des Volkes werben muß. Dies Vertrauen aber



wird vor allem durch Leistung und durch persönliche Haltung erworben. Die moderne Massendemokratie wird nicht so sehr durch Sachprogramme wie durch das Beispiel der Regierenden, durch ihre Persönlichkeit gestaltet. Lange Machtausübung mag es mit sich bringen, daß das Bewußtsein für die ständige Notwendigkeit, das Vertrauen neu zu begründen, hinter Gewohnheit und Sicherheit zurücktritt. Gerade dann aber, wenn die Personen wechseln, muß man sich dieser Grundlage aller demokratischen Herrschaft, des Aufbaus des Vertrauens durch Leistung und Integrität wieder klar erinnern.

Dazu gehört ein Zweites. In einem gewissen Sinne bewegen sich heute alle Staaten der westlichen Welt auf einer mehr konservativen Linie, selbst die Vereinigten Staaten. Versteht man dies Wort „konservativ“ recht, nämlich als ein Handeln aus der Tradition, das reiner reaktionärer Gesinnung durchaus entgegengesetzt ist, so schließt das ein Fortschreiten, ein Aufgreifen der modernen Fragen in sich. Aber ist die deutsche Gesellschaft, vielleicht ein wenig ermattet von einem anstrengenden Aufbau, heute wirklich darauf vorbereitet, sich neuen, modernen Fragen zu stellen? Es ist für die deutsche Politik entscheidend, Ziele und Aufgaben der Zukunft sichtbar zu machen und klarzulegen, daß wir nicht nur erhalten und stillstehen, sondern der Zukunft offen begegnen wollen. Dazu ist aber wohl ein größeres Maß an Offenheit nötig, als es zu dem Stil des letzten Jahrzehnts unserer Politik gehört hat.

### Mehr Offenheit!

Politisches Vertrauen wird in einem viel höheren Maße, als es die deutsche Gewöhnung wahrhaben will, durch Offenheit gewonnen. Auch im politischen Leben muß das Gebot der Wahrhaftigkeit im Verhältnis von Regierung und Volk eine wichtige Rolle spielen. Selbstverständlich gibt es Pläne und Gedanken, die eine Regierung vorerst bei sich behalten muß. Aber sie sollte mit einem mündigen Volke mit größter Offenheit auch über ernste Probleme, über Schwierigkeiten und ungelöste Aufgaben sprechen. Auch hier ist es wohl wieder ein Erbe der Vergangenheit, das vielleicht schon aus der Spätzeit Bismarcks, jedenfalls aber aus der wilhelminischen Ära — von Hitler ganz zu schweigen — stammt, daß die Regierung sich zu oft bemüht, dem Volke nur die rosigen Aspekte der Lage zu zeigen. Es ist zweifelhaft, ob eine solche Methode erfolgreich ist. Staatsmänner anderer Länder — ich darf an Sir Winston Churchill's berühmte Kriegsreden erinnern — haben mit der Aufdeckung erster Wahrheiten ihre positiven Erfahrungen gemacht. Offenheit in der Politik bedeutet, daß man dem Volke ein Mitdenken und ein Mithandeln im politischen Leben ermöglicht. Das führt aber alsbald zum nächsten Punkte, zur Frage der Kritik. Denn es liegt wohl nicht selten an der beamtenhaften Scheu vor der Kritik, daß es an der rechten Offenheit mangelt.

Die Demokratie ist eine Staatsform, in der ein hohes Maß an öffentlicher Kritik möglich ist und deren innerer Geist dadurch bestimmt wird. Kritik aber wird in Deutschland im allgemeinen schwer ertragen. Dennoch glaube ich, daß die Haltung gegenüber der Kritik in einem freiheitlichen Staate eine Probe des Regierens darstellt. Eine Unterdrückung der Kritik darf nur dann erlaubt sein, wenn diese wirklich die Fundamente des

Staatswesens angreift. Mehr Gleichmut, aber auch mehr Mut gegenüber kritischen Stimmen, ist daher eine Maxime, die man sich für die Zukunft wünschen möchte. Wenn ich vorhin von dem konservativen Trend in den westlichen Ländern sprach, so möchte ich demgegenüber noch einmal betonen, daß sich an dieser Wende der deutschen Politik die Frage nach dem Sinn und Ziel der deutschen politischen Entwicklung noch dringlicher stellt. Materieller Wohlstand ist nicht genug. Wollen wir wirklich ein Staat bleiben, der keine Geschichte hat und daher auch nicht weiß, was seine Zukunft bedeuten soll? Gewiß, die Wiedervereinigung steht als großes Ziel klar vor Augen. Aber haben wir irgendein Bild der inneren, sozialen und menschlichen Zukunft? Manche Teile der Jugend meinen zwar, es lohne sich nicht mehr, hierüber im nationalen Verband nachzudenken, man müsse das gleich der europäischen Einigung überantworten. Ich halte das für einen Kurzschluß. Noch sind die einzelnen Staaten für die Sozialgestaltung und die kulturelle Förderung zuständig und sie werden auch in einem zusammenwachsenden Europa ihre Aufgabe behalten. Hier der deutschen Jugend eine Aufgabe zu zeigen, sie auch auf Verantwortungen in den Entwicklungsländern hinzuweisen, kurz, gerade in der Jugend wieder ein Gefühl dafür zu wecken, daß auch Deutschland in der heutigen Welt besondere Aufgaben und Verantwortungen wahrzunehmen hat, das scheint mir ein wichtiger, glücklicherweise schon hier und da ergriffener, Beitrag zu unserem politischen Leben.

### Probleme der Wirtschaft

Aus den Gedanken, die ich zu entwickeln suchte, möchte ich zum Schluß nur einige andeutende Folgerungen für zwei Gebiete, nämlich die Wirtschaft und das geistige Leben, ziehen. Die Einflüsse des Staates auf das wirtschaftliche und soziale Leben wachsen ganz unvermeidlich mit dem Maß der modernen gesellschaftlichen Verflechtung aller Lebensvorgänge. Aber kann es sich der Staat leisten, in der Sozialpolitik ohne feste Maßstäbe zu wirken? Die Neigung, sich solchen grundsätzlichen Fragen zu entziehen und mit pragmatischen Zwischenlösungen vorliebzunehmen, sollte keine Dauerlösung unserer Politik sein. So können vor allem die dringlichen Probleme der Agrarstruktur oder einer gerechten Altersversorgung nicht gelöst werden. Dabei sollte für eine Partei, die sich an christliche Grundsätze hält, im Mittelpunkt immer der Mensch stehen. In allen Fragen sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung kann es sich nur darum handeln, dem Menschen Raum zu geben; es kann nicht nur Produktionserhöhung und materiellen Wohlstand geben. Das muß gerade im Blick auf die Steuerpolitik betont werden. Nicht anders steht es mit einer angemessenen und sinnvollen Beachtung solcher Berufe, die vor allem dem Menschen dienen. Es ist kein gutes Zeichen, daß gerade der Lehrberuf oder die sozialen und pflegerischen Berufe keinen Nachwuchs mehr finden. Gewiß geschieht dies, weil unsere Zeit materiell denkt, aber doch auch deshalb, weil man diesen Berufen nicht den Platz, das Ansehen und auch das Einkommen gibt, das sie in der Gesellschaft verdienen. Wir sind nur allzu-sehr geneigt, nur denen soziale Hilfen zu geben, die schon ganz gut gestellt und die lautstark genug sind, noch mehr dazu zu verlangen.



Aus diesem Verlangen ergibt sich ganz selbstverständlich die nächste Folgerung. Eine große Volkspartei, die alle Kreise in sich schließt, muß sich oberhalb der Verbandsmächte halten. Es ist ein unter den Theoretikern verbreiteter Irrtum, sich die Demokratie als einen Staat von Individuen vorzustellen. Sie ist in Wirklichkeit aber stets ein Staat der Gruppen, der formierten Parteien und Interessen. Das Vorhandensein der Verbände ist daher an sich keine Erscheinung, die man verurteilen sollte. Wohl aber ist es notwendig, der von hier aus drohenden Neigung zu pluralistischer Zerspaltung und zu einem bloßen Paktieren der mächtigen Gruppen zu begegnen. Das läßt sich nur erreichen, wenn man von einem höheren Begriff des für alle geltenden Gemeinwohls ausgeht. Die Aufgabe, dem Wohl aller zu dienen, kann man auch nicht allein den Beamten auftragen. Sie obliegt ebenso dem verantwortlichen Politiker. Seine Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit wird steigen, wenn man weiß, daß er sich oberhalb einzelner Interessen zu halten weiß. In diesem Sinne fällt jeder der großen Parteien schon in sich selbst eine Aufgabe des Ausgleichens und Abwägens verschiedener Interessen zu.

### Staat und Kultur

An keinem Punkte unseres politischen Lebens scheinen mir Empfindlichkeiten und Unsicherheiten in der letzten Zeit stärker sichtbar geworden zu sein, als im geistigen Leben. Ich will hier nicht von den staatlichen Kultureinrichtungen sprechen, von Schulen, Hochschulen und anderen Bildungsanstalten. Ich möchte mein Augenmerk vielmehr auf das Verhältnis des Staates zu jenem Bereich richten, den man als den der freien, nicht vom Staate organisierten Kultur bezeichnen kann. Daß in der Bundesrepublik die Beziehung zwischen Staat und freier Intelligenz — wenn ich diesen Ausdruck wählen darf — nicht ungetrübt ist, daß sich hier vielmehr ständig Spannungen zeigen, ist bekannt. Auf der einen Seite steht ein hohes Maß an Kritik am heutigen politischen Leben, ein Anknüpfen an manche literarischen Strömungen der 20er Jahre mit ihrer grundsätzlichen Sozialkritik, auf der anderen Seite eine gewisse mißtrauische, zuweilen auch verärgerte Haltung. Der Gründe sind viele. Einer der wichtigsten ist, daß in dem so rationalen und erwerbstüchtigen Leben der Gegenwart der künstlerisch schaffende Mensch keinen rechten Platz hat. Er vermag nur in Abhängigkeiten zu leben, die ihn belasten; ein verständnisvolles Publikum fehlt, oder ist gar — wie bei den Massenmedien — sozusagen von der Technik her unsichtbar. Das führt zu einem Mangel an Kontakt der geistigen Schichten mit anderen Kreisen, ja zu ihrer Isolierung. Das Fehlen eines klaren kulturellen Zentrums trägt hierzu manches bei.

Ich meine aber, daß die Frage des Verhältnisses der geistigen Schicht zum Staat des Nachdenkens und der Beachtung wert ist. Das nicht zuletzt deshalb, weil es unter den Bedingungen der Gegenwart schwer ist, hier normale Verbindungen herzustellen. Vielleicht hat sich in

den letzten Jahren die Aufmerksamkeit in der Kulturpolitik allzusehr auf die Schule und die Erziehung gerichtet, und hier wiederum zu stark auf Fragen der Parität, als daß man wahrgenommen hätte, daß der Staat auf der anderen Seite auf einem kleinen, aber wesentlichen Felde, in dem zahlenmäßig schwer erfaßbaren und überschaubaren, aber so zentralen Bereich der Öffentlichkeit, an Boden verloren hat. Mit der Klage über diese Lage und mit dem alten Wort, daß der Geist nun einmal immer links stehe, ist wenig gewonnen. Die Abhilfe dürfte eher darin liegen, daß eine größere Beweglichkeit, eine Bereitschaft zur Diskussion und auch zum Ertragen von Kritik angestrebt wird. Ich meine sogar, daß hier eine ganz spezifische Aufgabe des evangelischen Teiles der CDU liegen könnte. Das soll nicht etwa besagen, daß die Mitglieder der CDU, die einer anderen Konfession angehören, weniger aufgeschlossen wären. Die letzten Monate des Konzils haben uns dankbar erkennen lassen, daß im Rahmen des universalen Katholizismus der deutsche Teil zu den aufgeschlossenen und vorwärtsstrebenden Gruppen gehört. Wohl aber mag es richtig sein, daß im evangelischen Volksteil sich leichter eine Öffnung gegenüber neuen Gedanken ergibt, weil eine geringere Festlegung auf ein bestimmtes Ordnungsbild vorliegt, so daß es von hier aus vielleicht einfacher wäre, sich der Diskussion auch über Wandlungen des gesellschaftlichen und staatlichen Bildes zu öffnen. Es sollte jedenfalls zu den Anliegen der CDU und auch gerade ihres evangelischen Teils gehören, den Gedanken der geistigen Freiheit und der offenen Diskussion nicht nur zu verkünden, sondern auch praktisch zu üben.

Ich übersehe dabei nicht, daß auf der evangelischen Seite sich auch umgekehrt manche Beklemmungen gerade in kirchlichen Kreisen vorfinden, die manchem den Blick für den demokratischen Staat verstellen. Man meint, es müsse der Blick zum Osten wie zum Westen offen gehalten werden, indem man alle Regierungen gleich einschätzt oder gar verurteilt. Das ist auch theologisch nicht richtig. Es ist dem Christen nicht verwehrt, für ein gutes Regiment, das den Menschen achtet und seine Freiheit anerkennt, dankbar zu sein, und ein schlechtes Regiment, dem er zwar Gehorsam schulden mag, dennoch als ein solches zu erkennen und zu bezeichnen.

Wenn diese Ausführungen auch manche kritischen Gedanken enthalten, so möchte dies in dem Wunsche verstanden sein, daß die Wende, in der wir stehen, genutzt werde zur Überprüfung und Selbstbesinnung. Es gilt, diesen freien Staat, in dem wir leben, und auf dem auch die Hoffnung des ganzen deutschen Volkes für ein freies Leben in der Zukunft beruht, zu erhalten und zu stärken. Er ist im wahren Sinne unser Schicksal, das wir ergreifen müssen. Gerade uns Deutschen ist nach der Vergangenheit aufgegeben, diese politische Form zu bewahren. Wenn wir in die Gemeinschaft der europäischen Völker eintreten, so wollen wir dies als ein freies Volk tun. Freiheit ist aber ein politisches Ziel, das niemals abgeschlossen ist, sondern das immer wieder neu befestigt und neu errungen sein will.



# Kirche und politische Verantwortung / Zur Diskussion um den „Stellvertreter“

Hans Bolewski

„Die unter dem Hitler-Regime herrschenden Verhältnisse enthielten, besonders im Kriege, eine Fülle gewichtiger Gründe für den Papst, nicht einfach ‚dem Ruf seines Herzens blind zu folgen‘, sondern einen unverhüllten Protest vor aller Welt zu unterlassen — und zwar nicht aus ‚Staatsräson‘, sondern weil die Chance, durch den Protest das erwünschte Ziel zu erreichen, praktisch gleich Null, das Risiko der Gefährdung dessen, was die Kirche immerhin noch tun konnte, aber sehr groß war.“ (Herder-Korrespondenz, Mai 1963). Mit diesem sicher sehr abgewogenen Urteil hat einer der besten katholischen Kenner der Zeitgeschichte, Hans Buchheim, die These von Rolf Hochhuths Stellvertreter, der Papst Pius XII. hätte mit dem Gewicht seiner Person und seines Amtes die Tötung von 6 Millionen Juden verhindern können und verhindern müssen, abgelehnt. Inhaltlich, wenn auch nicht immer mit der gleichen Behutsamkeit formuliert, decken sich damit die meisten amtlichen oder halbamtlichen Stellungnahmen der katholischen Kirche. Daß allerdings im Bereich des deutschen Katholizismus auch andere Stellungnahmen erfolgt sind, sollte jedenfalls nicht unausgesprochen bleiben. Am deutlichsten hat sich Carl Amery geäußert: „Rom hat sich 1933 wie 1943 an seine gute Kenntnis dessen gehalten, was ich das durchschnittliche katholische Milieu Deutschlands nenne; und es hat seine Politik diesem Milieu zuliebe geformt.“ Insofern stehe in Hochhuths Stück, meint Amery, nicht in erster Linie die geschichtliche Gestalt Pius XII. zur Diskussion, als vielmehr „die unbewältigte Vergangenheit des deutschen Katholizismus“ und beim Papst lediglich die „politische Unfähigkeit, die Ohnmacht des Christentums, in diesem seinem geliebten Deutschland zur Kenntnis zu nehmen“ (Die Zeit, 15. März 1963).

## Eine fragwürdige Voraussetzung

Obwohl es sich in beiden Fällen um Äußerungen von Katholiken handelt, spiegeln sie doch im wesentlichen die beiden Standpunkte wider, die in zahlreichen Beiträgen gegen und für das Hochhuthsche Stück vertreten worden sind. Die Diskussion war weder eine innerkatholische Auseinandersetzung noch eine Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Nicht-Katholiken noch eine Auseinandersetzung für oder wider die Kirche oder das Christentum. Hochhuth fragt nach dem geschichtlichen Auftrag der Christen; die Diskussion über sein Stück hat sich diese Voraussetzung zu eigen gemacht. Viele haben bestritten, daß das Stück den Auftrag richtig darstelle. „Wir Bürger können . . . nicht erwarten, daß die Kirche unser politisches Teil übernimmt und die Greuel der Politik anprangert.“ „Wenn . . . Wahnsinnige an dem Platz, der von Gott gesetzt ist, ganze Völker, Klassen, Gruppen ausrotten — die Kirche kann nur beten für die Schwachen, die Trauernden, die Geängsteten, die Heimatlosen, die Gefangenen . . .“ (Rudolf Krämer-Badoni in: Christ und Welt, 5. April 1963). Der jetzige Papst Paul VI., der seit 1937 mit dem damaligen

Staatssekretär Pacelli und späteren Papst Pius XII. eng zusammengearbeitet hat, bezeugt ihm, daß er „weder durch sein angeborenes Temperament noch durch das Bewußtsein, das er von seiner Sendung besaß“, „furchtsam gewesen sei“, und der in Hochhuths Drama namentlich apostrophierte einstige Botschaftsrat der deutschen Vatikanbotschaft von Kessel hat zu der von Hochhuth aufgestellten These, die wirklich informierten und verantwortungsbewußten deutschen Politiker, zu denen Hochhuth selbst von Kessel rechnet, hätten auf ein solches Eintreten des Papstes geradezu gewartet, erklärt, die deutsche Botschaft habe im Gegenteil dem Papst eher raten müssen, „keine unbedachten Aktionen zu unternehmen, d. h. Aktionen, über deren letzte, vielleicht tödliche Folgen er sich nicht im klaren wäre“. (Die Welt, 6. April 1963). Aber die von Hochhuth stillschweigend vorausgesetzte These, daß die Kirche in unserem Jahrhundert welthafte Bedeutung habe, wird von allen merkwürdig selbstverständlich übernommen. Die Kirche hat einen Auftrag in den Nöten, auch in den politischen Nöten der Zeit; sie soll diesen Auftrag wahrnehmen, ‚schützend, bewahrend, fürbittend, bezeugend. Selbst das ostzonale „Forum“, das Teile des Stückes abdruckt, meint, es zeige, „zu welchem Ende eine antikommunistische Haltung selbst der allerchristlichsten Institution zwangsläufig führt; zur stillschweigenden Duldung der systematischen Vernichtung des Lebens“ (Forum, Juni 1963).

Das Forum nennt für sich als Kriterium, an dem die Wahrheit des Bekennens der Kirche zu messen ist, den „Kommunismus“. Das ist die übergeordnete Instanz, vor deren Richtstuhl alle anderen gefordert werden. Nun mag man gewiß an dieser Instanz zweifeln, nicht aber daran, daß das Bekennen der Kirche es mit der Wahrheit zu tun hat. Was aber ist diese Wahrheit und wie erweist sie sich als solche? Hochhuth gibt in seinem Buch zu erkennen, daß er von dieser Frage zumindest etwas ahnt. Er hat seinem Buch eine Reihe von Worten vorangestellt, unter denen Sätze Sören Kierkegaards durch Länge und Gewicht offenbar einen besonderen Rang beanspruchen. „Er ist nun tot, Gott sei gelobt, daß es hingehalten werden konnte, solange er lebte! Er wurde ja mit voller Musik begraben; das Denkmal wird ihm ja auch gesetzt werden: Aber dann reicht es, und am allerwenigsten darf er in die Geschichte eingehen als Wahrheitszeuge.“ Soweit ich sehe, sind diese Sätze eine freie Komposition verschiedener Äußerungen Kierkegaards, die aber alle der gleichen Zeit entstammen, jenem letzten Lebensjahr des großen Dänen, das in der Auseinandersetzung um die Rolle und die Bedeutung des verstorbenen Bischofs von Seeland, Mynster, eine äußerste Zuspitzung der Gedanken Kierkegaards über Wahrheit und Zeugenschaft bringt. Gemessen am Neuen Testament ist das Christentum der Gegenwart für Kierkegaard eine Farce und ist Bischof Mynster niemals, wie sein späterer Nachfolger, Professor Martensen, in seinem Nachruf behauptet hatte, ein „Wahrheitszeuge“ ge-



wesen. Kierkegaard rief in diesen letzten leidenschaftlichen Artikeln auf zum Kampf gegen die Kirche im Namen des neutestamentlichen Christentums. Diese Konfrontation der Kirche mit der Wahrheit des Evangeliums in der Herausforderung durch Kierkegaard ist so etwas wie eine der tiefen ungelösten Fragen, mit denen Kirche und Christenheit bis heute leben müssen. Niemand ist Christ, ohne daß ihm diese Frage nicht ständig zu schaffen machte; niemand kann die Antwort Kierkegaards einfach übernehmen, denn diese Antwort setzt das Bewußtsein des Endes voraus, sie weiß sich als das letzte Zeugnis von der in Jesus Christus offenbar gewordenen Wahrheit Gottes.

### Die Wahrheit und das Schuldproblem

Bei Hochhuth scheint nun so etwas wie eine Kombination zweier ursprünglich ganz verschiedener Gedankenreihen geschehen zu sein. Es geht einmal um das Wahrheitsbekenntnis der Kirche oder doch des irdischen Hauptes der katholischen Kirche, und es geht zugleich um das ungeheure Maß von Schuld, das auf der Geschichte, insbesondere auf der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts liegt. Aus der Kombination beider ergibt sich der Satz: Wenn die Kirche ihrem Wesen treu geblieben wäre, hätte sie die furchtbare Schuld der Ermordung von 6 Millionen Juden verhindern müssen, sie hätte das unter der Führung des Papstes als Institution und nicht nur durch das persönliche Martyrium einzelner Glieder tun müssen. Es ist merkwürdig, daß, soweit ich sehe, dieser Satz von keiner Seite ernsthaft bezweifelt worden ist. Gerade die offiziell-kirchlichen Stellungnahmen haben immer wieder betont, es sei in dieser Hinsicht alles nur Mögliche geschehen. Das Schweigen der Kirche sei nicht Ausdruck des Opportunismus oder der Gleichgültigkeit gewesen, sondern gerade Ausdruck der Verantwortung für die geschichtliche Zukunft. Selbst Bischof Dibelius erklärt: Der Papst „konnte sich nicht festlegen, sondern wollte die einzige Stelle von weltweitem Einfluß bleiben, an die sich, wenn es einmal so weit war, alle Staaten der Welt um Vermittlung wenden könnten“ (Berliner Sonntagsblatt Die Kirche, April 1963). Der Streit um Hochhuth geht damit um ein politisches Problem, ob nämlich die Kirche so, wie sie gehandelt hat, richtig gehandelt hat, oder ob sie anders hätte handeln sollen. Oder es geht um ein menschliches Problem, um die Frage des Mutes oder der Feigheit des Papstes.

Daß es zu einem solchen Streit heute kommt, geschieht wohl auch nicht zufällig, sondern dieser Streit ist mindestens bis zu einem gewissen Grade herausgefordert durch den offenen oder stillschweigenden Anspruch großer Gruppen innerhalb wie außerhalb des katholischen Christentums, nach dem die Christen so etwas wie ein Fels gewesen seien, an dem sich die Wogen des Nationalsozialismus gebrochen hätten. Sie seien somit den anderen in der „Bewältigung der Vergangenheit“ ein Stück voraus, und darum seien sie auch heute für diese geistig-politische Aufgabe besonders qualifiziert. Hochhuth hat diese Leute beim Wort genommen. In der Debatte, die heute um diese These geführt wird und von der die Diskussion um den Stellvertreter nur ein Teil ist, erweist sie sich zunehmend als unhaltbar. Es gibt im

Meer geschichtlicher Schuld keine Inseln der Unschuld. Dabei ist Hochhuth selbst, wie wir noch sehen werden, zu einer solchen radikalen Erkenntnis gar nicht durchgedrungen. Diese Erkenntnis haben uns andere, Historiker, Soziologen und Theologen wesentlich stärker vermittelt als er. Die Verflochtenheit der Kirchengeschichte mit der Profangeschichte, die Tatsache, daß es einen Antisemitismus, ein Geraune von Blut und Boden, einen übersteigerten Nationalismus bei den bewußt christlichen Volksschichten nicht minder gab als bei den der Kirche Fernstehenden, ja, daß der Nationalsozialismus seine stärkste Wirkung in einem sozialen Milieu hatte, das bis in die dreißiger Jahre noch als besonders kirchlich galt, das alles ist uns heute wieder stärker bewußt und hätte den Älteren auch noch in Erinnerung sein sollen. Auch die Tatsache, daß der Nationalsozialismus bald nach der sogenannten Machtergreifung sehr massiv gegen Kirche und Christentum Front machte, spricht nicht gegen diese Schuldverflechtung. Und die Kirche würde heute eine würdigere Rolle spielen, wenn sie sich auf die Auseinandersetzung über das relativ größere oder relativ geringere Maß an Schuld oder Unschuld, an geleistetem oder nicht geleistetem Widerstand gar nicht einließ. Der Widerstand, so wie in der politischen Sprache dies Wort heute verstanden wird, ist keine Kategorie, an der die Erfüllung des kirchlichen Auftrages gemessen werden kann. Das geschichtliche Böse ist immer, auch wenn es ungeheuerliche Ausmaße annimmt, ein relatives Böses. Wer das vergißt, der muß Teufel und Engel in der Geschichte ansiedeln, wie das Hochhuth in den Gestalten des „Doktors“, aber auch in den Gestalten von Pater Ricardo und Kurt Gerstein tut. Dichterisch geschieht dies, worauf im Fall des Jesuitenpaters schon Amery hingewiesen hat, auf Kosten der menschlichen Glaubwürdigkeit dieser Gestalten; politisch haben wir allen Grund, die fürchterlichen Folgen einer solchen Geschichtsmetaphysik, die in unserem Jahrhundert jederzeit wieder virulent werden kann, rechtzeitig zu bedenken. Wir haben in den besten Stunden des Kirchenkampfes gewußt, daß wir es nicht mit Fleisch und Blut zu tun haben. Wir sollten es auch in dieser einstweilen friedlicheren Epoche der Kirchengeschichte nicht vergessen. Wir sollten vor allem der Versuchung von Fleisch und Blut widerstehen, uns nachträglich unserer Verdienste rühmen zu wollen. Wir sollten auch sehr vorsichtig sein, mit der Empfehlung, die Kirche sei ein Schutz gegen die totalitären Tendenzen unserer Zeit oder könnte es doch sein. Wer weiß, ob wir nicht inzwischen von ganz anderen Tendenzen bedroht sind. Auf Kierkegaard darf man sich bei den Entscheidungen innerhalb der Geschichte jedenfalls nicht berufen. Sein Entweder-Oder ist gerade die Absage an alle Geschichtsmetaphysik; sein Wahrheitszeuge ist nicht der Widerstandskämpfer; seine Kritik an Bischof Mynster hat nie dessen persönliche oder politische Integrität in Zweifel gezogen. Seine Frage lautet, ob der Mensch auf seinem geschichtlichen Weg bei sich selbst, bei seiner Schuld oder bei seinem Rühmen bleibt, oder ob er den Sprung wagt, sich dem Gott auszuliefern, der von der Hoheit seines Kreuzes alle zu sich ziehen will.

Das klingt natürlich wie ein Abschied von der Geschichte, aber es ist in Wahrheit die Freiheit zur Geschichte, und die hätten wir heute vermutlich eher nötig



als die Bewältigung unserer Vergangenheit. Überhaupt dürfte sich das Wort von der „Bewältigung der Vergangenheit“ nachgerade als eines der dümmsten und anmaßendsten politischen Schlagworte herausstellen, die in unserem Jahrhundert erfunden sind. Als ob man je seine Vergangenheit „bewältigen“ könnte! Wir werden in unserer Zeit damit zu leben haben, daß mit dem Wort deutsch nicht nur die Namen Bach, Goethe und Luther, sondern auch die von Adolf Hitler und Heinrich Himmler verbunden sind. Wir haben unsere Tradition nur in der pervertierten Brechung durch die kurze, aber sicher nicht zufällige Epoche der dreißiger und vierziger Jahre. Wir leben in einem geteilten Land, und wir sind nicht mehr Herren unseres eigenen nationalen Schicksals. Wir wohnen in Städten, die gestern noch Ruinen waren und die heute dastehen, als hätten sie eine Geschichte von einigen Jahrzehnten, und der ordentliche, solide Herr von nebenan kann sich morgen als ehemaliger Erfinder oder Bediener von Vernichtungseinrichtungen herausstellen. In dieser Welt aber müssen Ehen geschlossen, Kinder erzogen, muß produziert und verkauft, muß Gericht gehalten und regiert werden. Von dieser Pflicht entbindet keine noch so unbewältigte Vergangenheit, und keine noch so dramatische Selbstkasteiung leistet dem irgend eine Hilfe. Die Selbstgefälligkeit des Spießers kennt viele Formen; sie kann sich

am Bewußtsein der Schuld wie der Unschuld gleichermaßen erbauen. Die einzige Alternative hierzu wäre, daß der Mensch sich — und das wäre mit dem Entweder-Oder Kierkegaards allerdings gemeint — unter den Gott demütigte, der ihm die Schuld vergibt, nicht damit er die alte Unordnung durch eine neue Ordnung ersetzt, die sich über kurz oder lang auch als Unordnung erweist, sondern damit er leben kann aus der Hingabe an die Menschen und Dinge, auf die er und die auf ihn angewiesen sind.

Albrecht von Kessel hat in seinem bereits erwähnten Bericht anlässlich der Schilderung einer Begegnung mit einem Schweizer Bekannten die treffende Bemerkung gemacht: „Er beging den typischen Fehler des nichts ahnenden liberalen Bürgers, zu glauben, daß Terror mit Chaos identisch ist bzw. nur im Chaos gedeiht, während meist das genaue Gegenteil der Fall ist.“ Vielleicht ist das die tiefste Weisheit, die wir aus der schlimmen geschichtlichen Erfahrung schöpfen können. Es ist leicht und billig, vom Terror des Chaos zu reden; die Tiefe der Sünde zeigt sich erst im Terror der Ordentlichen und der Idealisten. Wer von ihr weiß, wartet nicht auf eine neue Ordnung oder einen neuen Idealismus, sondern ist dankbar, daß Gott ihn trotz seiner Schuld für seine Zukunft brauchen kann.

## Zur religiösen Erziehung in den Schulen

### Das Gutachten des Deutschen Ausschusses

*Im „Akademischen Dienst“ Nr. 15/1963 berichtet Peter Fränz über das Gutachten „Zur religiösen Erziehung und Bildung in den Schulen“, das der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen vorgelegt hat.*

Die drei neuen „Gutachten und Empfehlungen“ des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, die jetzt als sechste Folge seiner Schriftenreihe herausgekommen sind, sind in der Öffentlichkeit mit Interesse aufgenommen worden. Während die „Bemerkungen zur Arbeit der Grundschule“ und die „Empfehlungen zum Aufbau der Förderstufe“ nähere Ausführungen zum „Rahmenplan“ des Ausschusses vom Jahre 1960 sind und sich vornehmlich an Fachkreise wenden, hat das Gutachten „Zur religiösen Erziehung und Bildung in den Schulen“ in der Presse sofort zum Teil sehr kontroverse Stellungnahmen hervorgerufen.

Die Katholische Nachrichtenagentur vermerkt mit Befremden, daß der Ausschuss eine „Schule der wachsenden Offenheit“ vorgeschlagen hat. Nach KNA weisen kirchliche Kreise darauf hin, daß die katholische Bekenntnisschule von ihrem Wesen seit jeher offen sei für alle echten und gültigen Werte. Es bedürfe keiner mit äußerlichen Maßnahmen — wie der Hereinnahme andersgläubigen Lehrguts, andersgläubiger Lehrer und

Schüler — herbeigeführten Öffnung; die katholische Erziehungs- und Bildungsarbeit sei als „Folge der Katholizität“ ohnehin offen. Eine Offenheit für die „andersartige Welt“ verliere allerdings da ihren Sinn, wo die katholische Schulvorstellung liberalistisch aufgeweicht und auf kaltem Wege unterhöhlt werden solle. Erfreulich sei jedoch, daß die Denkschrift des Ausschusses das einzigartige Gewicht der religiösen Erziehung anerkannt habe. Gerade dieses Gewicht verlange aber Offenheit für die reine Bekenntnisschule in der pluralistischen Gesellschaft.

Noch schärfer geht die katholische Wochenzeitung „Echo der Zeit“ (Dr. Franz Lorenz) unter der Überschrift „Peinliches Gutachten“ mit dem Ausschuss ins Gericht und äußert Zweifel „an der wissenschaftlichen Zuständigkeit dieses Gremiums“. Das Gutachten stelle, so urteilt die Zeitung, Wissen über Gewissen, denn es relativiere die Wahrheit, ohne mehr anbieten zu können als eine Vielheit von „Sinngelalten und Normen“. Die Gutachter ignorierten auch das Selbstverständnis der Kirche, und zwar nach Auffassung der Zeitung nicht nur der katholischen, sondern im Prinzip auch der evangelischen Kirche. Nach dem Gutachten entwickelt sich in den Religionen und Konfessionen mehr oder weniger eine „menschlich-allzumenschliche Tendenz, alle für das Leben relevante Wahrheit nur auf ihrem Boden für möglich zu halten“, und liegt „in der



Meinung, die sich daraus bildet, ein Irrtum und eine Gefahr für die Wahrheit selbst, für das die weltanschaulichen Grenzen übergreifende Zusammenwirken und dessen redliche Anerkennung“. „Echo der Zeit“ nennt das „Aufklärungsideologie“ und verweist darauf, daß gerade das gegenwärtige Konzil sich bemühe, nicht nur für den Raum der Kirche, sondern für die ganze Welt Wahrheit und Gewissen in ihrer Rangordnung klar darzustellen. Der Sorge des Ausschusses, die durch die Bekenntnisschule gehenden Kinder könnten dazu neigen, Andersglaubende und -denkende nur als abergläubisch, irrgläubig oder glaubenslos zu betrachten und die menschliche und geistige Verbindung mit ihnen für unmöglich zu halten, hält das Blatt entgegen, daß es die Kirchen seien, die Brücken bauten und Taten der Nächstenliebe verwirklichten. Hingegen hätten die aus dem Geist der Aufklärung herrührenden Philosophien und politischen Richtungen in Deutschland, die sich auf Humanismus und „Menschenbildung“ berufen, dem Menschen sein Selbst entfremdet und ihn für Diktaturen und Massengesellschaften verfügbar gemacht. „Gerade auch ... aus dem Jammer unserer deutschen Geschichte lehnen wir die Neuauflage einer Aufklärung ab, wie sie dem oberflächlichen Gutachten des genannten Ausschusses zugrunde liegt“, schließt die dem Katzer-Flügel der CDU nahestehende Wochenzeitung ihren Leitartikel.

Wesentlich glimpflicher mit dem Ausschuß geht indessen der (evangelische) ständige Mitarbeiter von „Echo der Zeit“, Friedhelm Baukloh, im Feuilleton der Kölner „Deutschen Zeitung“ um: der Ausschuß ließe nicht nur, wie man ihm vordem unterstellt habe, die Gemeinschaftsschule gelten, sondern würdige genauso die Konfessionsschule und das Elternrecht. Seine Mitglieder repräsentierten auch darin die deutsche Öffentlichkeit. Das Gutachten bemühe sich um Vorschläge, wie jeder der heutigen Schultypen der pluralistischen Gesellschaft am besten gerecht werden könne.

Demgegenüber meint das „Flensburger Tageblatt“, der Ausschuß empfehle zwar die Konfessionsschule nicht schlankweg, seine Sympathie für sie sei aber nicht zu überlesen. Das Blatt aus dem äußersten Norden der Bundesrepublik stößt sich daran, daß vom Ausschuß der in Schleswig-Holstein allein üblichen Gemeinschaftsschule „Verwaschenheit und Gleichgültigkeit“ als spezifische Gefahr zugeschrieben und eine „scheinbar friedliche Grundhaltung“ für noch gefährlicher als konfessionelle Intoleranz gehalten würden. Könnte man nicht annähernd mit dem gleichen Recht sagen, fragt die Zeitung, daß die religiöse Erziehung an unseren Schulen den Vorteil der Konfliktlosigkeit genieße? Abschließend bemerkt das Flensburger Tageblatt freilich, in der Aufgabe, für alle verbindliche Vorschläge zu erarbeiten, sei der Ausschuß überfordert gewesen. Die Gegensätze, die er fruchtbar machen wolle, seien allzu real, als daß man schulpolitisch über sie verfügen könnte. Daraus zieht das Blatt den Schluß, die sonst gegen den Kulturföderalismus gern und mit Recht ins Feld geführte Schulpolitik liefere hier ein sehr überzeugendes Argument für ihn.

Die überregionale Presse begrüßt im allgemeinen das Gutachten als Ausdruck der Toleranz — „einer fast

preußischen Toleranz“, wie „Die Welt“ anerkennend meint. Skepsis herrscht allerdings zum Teil, ob sich die Empfehlungen des Ausschusses verwirklichen lassen oder ob sie nicht vielmehr an konfessionspolitischen Standpunkten scheitern würden.

## Das Gutachten

Der Deutsche Ausschuß ist, wie er in der Einleitung zu seinem Gutachten hervorhebt, in der Frage der konfessionellen Geschlossenheit oder Offenheit der Schulen zu keiner vollen Übereinstimmung gekommen. Wegen der fundamentalen Bedeutung der religiösen Erziehung und wegen der Last der aus den religiösen und weltanschaulichen Gegensätzen entstandenen Konflikte, die den geistigen Zusammenhang und die politische Verständigung in unserem Volke gefährden, habe er dennoch eine gemeinsame Stellungnahme für dringlich gehalten. Übereinstimmend bezeichnet er als das Grundphänomen der religiösen Bindung, der die Erziehung sich überall annehmen und deren Festigung sie dienen sollte, ein „Vertrauen, das dem Menschen geschenkt ist in der Erfahrung, in seinem ganzen Dasein, gerade auch gegenüber den Grenzen seines Lebens, insbesondere denen von Tod und Schuld, gehalten zu sein von einer Kraft und Wahrheit, die menschliche Vernunft übersteigt“.

Versuche, in der Schule zu einer gemeinsamen religiösen Lehre zu kommen, sind nach Ansicht des Ausschusses gescheitert, weil namentlich das Christentum sich durch solchen Ersatz um das Eigentliche der eigenen Lehre gebracht sieht. Der Ausschuß bejaht das Recht der Eltern, über die religiöse Erziehung der Kinder zu bestimmen, fordert den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und glaubt, daß die Bibel als Dokument so kostbar und geschichtlich so bedeutsam ist, daß alle Kinder sie kennen sollten, nicht nur die, denen diese Kenntnis im Religionsunterricht vermittelt wird. Wie das geschehen könne, müsse untersucht werden.

Der Ausschuß hält zwar den getrennten Religionsunterricht für unvermeidlich, ist aber dennoch grundsätzlich der Auffassung, daß „das Gemeinsame“ schon während der Jugenderziehung in konkreten Begegnungen erfahren werden muß. Die bestehenden gesetzlichen Lösungen der Schulfrage sieht er nicht ohne weiteres als gültige Lösungen an, rechnet mit ihnen aber nicht nur als politischer Wirklichkeit, sondern auch als Beiträgen in Richtung auf eine Lösung. Um den unterschiedlichen Meinungen auch unter den eigenen Mitgliedern gerecht zu werden, hat der Ausschuß von ungenannt Bleibenden, die allerdings seinen Grundsätzen zugestimmt haben, fünf verschiedene Schulformen entwerfen lassen. Der Beitrag „Idee und Gestalt der katholischen Schule“ entwirft eine „Schule aus katholischem Geist“, die nicht völlig identisch sei mit den bestehenden staatlichen katholischen Konfessionsschulen noch völlig der in kirchenamtlichen Verlautbarungen geforderten Schule entspreche, obwohl sie deren wesentliche Anliegen aufnehme und wirksam zu machen suche. Der Beitrag bejaht auch die Aufnahme nichtkatholischer Kinder in katholische Schulen, sofern dadurch der Geist der Schule nicht verändert wird.



Denn er hält „die Offenheit gegenüber der andersartigen Welt“ für „unerlässlich“ und vor allem in einem pluralistischen Gemeinwesen die Pflege der verbindenden Kräfte für eine lebensnotwendige Staatsaufgabe.

Der Ausgangspunkt des Beitrages „Schule in evangelischer Verantwortung“ ist der Satz: „Die evangelische Kirche tritt nicht für eine bestimmte Schulform ein.“ Auf evangelischer Seite, heißt es weiter, bejahe man grundsätzlich den staatlichen Charakter des öffentlichen Schulwesens. Man fordere eine „positive Toleranz“ der Lehrer, aber kein Ausklammern religiöser Fragen, das zu Indifferenz führe. Man erhoffe im einzelnen von den Schulen

- \* Berücksichtigung der evangelischen Überlieferung,
- \* größte Sachlichkeit im Umgang mit allen Bildungsinhalten (vor allem historische Redlichkeit),
- \* Evangelische Unterweisung als ordentliches Lehrfach (aber auch sorgfältige Unterrichtung über fremde Glaubenswelten).

In der Überzeugung, daß religiöse Institutionen keine Garantie für den Glauben sind, sei man gegen jeden Wissenszwang für Lehrer und gegen jede Form kirchlicher Schulaufsicht. Der Beitrag bezieht sich abschließend auf die Erklärungen der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 30. 4. 1958. „Die Christliche Gemeinschaftsschule“ (III) als solche wird in strenger Observanz nur eine Schule mit einem gewollten und anerkannten Schwerpunkt christlich-gläubiger Lehrer angesehen, nicht aber eine Schule, für die ein „Kulturchristentum“ als gemeinsames Medium der Nation Grundlage ist. Was heute gemeinhin als „christliche Gemeinschaftsschule“ bezeichnet wird, wird im Gutachten eher im Kapitel IV „Die Gemeinschaftsschule als Schule für alle“ erfaßt. Das Erziehungsziel dieser Schulform von der geistigen Situation aus, die durch Reformation und Glaubensspaltung, Aufklärung, wissenschaftliches Denken, Kants Bemühungen um die Sicherung der Moral und um ihre Emanzipation von historischer Offenbarung vorgeprägt ist. Neben dieser „Schule der Toleranz“, deren Geist bis jetzt am ehesten in manchen Stätten der Lehrerbildung lebendig sei, schildert ein V. Beitrag „Schulen, in denen ein Bekenntnis vorwiegt“. Für solche „Schwerpunktschulen“, die in Westdeutschland heute nicht selten seien, ist charakteristisch, daß sie traditionell vornehmlich von Schülern einer bestimmten Konfession besucht werden, die der Schule das Gepräge gibt. Das Zusammenleben mit einer Minderheit anderer Glaubens, die in ihrer Zugehörigkeit voll bejaht und ritterlich geachtet werden müsse, könne die Gefahren der Abschließung vermeiden. Die „Schwerpunktschule“ werde bei Unterrichtsinhalten, deren Wertung unter den Konfessionen unterschiedlich ist, die ihrer Prägung entsprechende Deutung geben, aber die Schüler in dem Maße, in dem sie reif genug dazu werden, auf die Differenzen hinweisen.

In seinen zusammenfassenden Ausführungen spricht sich der Ausschuß u. a. gegen eine Zersplitterung des Schulwesens in nicht mehr leistungsfähige Schulen aus. Er meint weiter, die Schule brauche in der Frage der Schulform Ruhe, die unterschiedlichen Regelungen in den Bundesländern sollten nicht zum Gegenstand neuer

politischer Kämpfe gemacht werden. Ausgehend von dem Bedürfnis des kleineren Kindes nach Geborgenheit glaubt er ferner, daß den entwicklungsbedingten Erziehungsaufgaben nur eine Schulordnung gerecht werden könne, die das Kind behutsam aus einem in den ersten Schuljahren mehr geschlossenen Raum in die größere Gemeinschaft hineinwachsen läßt. Abschließend betont der Ausschuß noch einmal die Notwendigkeit der „Offenheit“ aller Schulen und bringt seine Hoffnungen zum Ausdruck, daß sich im Bewußtsein des deutschen Volkes allmählich zwei Elemente „entmischen“: einerseits die geistige Entscheidung, andererseits der machtpolitische Gesichtspunkt, der in das Leben der Schule nicht eindringen dürfe.

An dem Gutachten über die religiöse Bildung haben außer den Mitgliedern des Ausschusses P. Prof. Dr. Karl Erlinghagen SJ von der Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt, Prof. Dr. Gustav Heckmann (Päd. Hochschule Hannover), Prof. D. Helmuth Kittel (Päd. Hochschule Osnabrück) und Oberkirchenrat Dr. Dr. Gottfried Niemeier mitgearbeitet und es gebilligt. (Die Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses, 6. Folge, sind erschienen im Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1963, Preis DM 3,60.)

Die derzeitigen Mitglieder des Ausschusses sind: Dr. Heinrich Abel, Dozent am Berufspädagogischen Institut, Frankfurt (ab Juli 1962); Dr. Curt Becker, Mönchengladbach (ab Juli 1962); Dr. Carl Bennholdt-Thomson, o. Univ.-Professor, Direktor der Universitäts-Kinderklinik, Köln (ab Juni 1957); Prof. Hans Bohnenkamp, Lehrbeauftragter an der Pädagogischen Hochschule, Osnabrück; Dr. Fritz Borinski, o. Univ.-Professor der Pädagogik, Berlin; Prof. Dr. Dr. h. c. Adolf Butenandt, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Direktor des Max-Planck-Instituts für Biochemie, München; Walter Dirks, Hauptabteilungsleiter am Westdeutschen Rundfunk, Köln; Karl Anton Ederer, Oberverwaltungsdirektor, Stadtschulamt München; Prälat Dr. Hubert Fischer, Domkapitular, München (ab Februar 1955); Dr. Grete Henry, Professor der Philosophie und Physik an der Pädagogischen Hochschule, Bremen; Dr. Wanda Kampmann, Oberstudienrätin, Düsseldorf (ab März 1961); Dr. Felix Messerschmid, Oberstudienleiter, Direktor der Akademie für Politische Bildung, Tutzing/Obb.; Dr. Ludwig Neundorfer, o. Univ.-Professor, Direktor des Soziologischen Instituts der Universität, Frankfurt (ab Juli 1962); Liselotte Nold, Leitung des Bayerischen Mütterdienstes, Stein b. Nürnberg; Dr. h. c. Theodor Pfizer, Oberbürgermeister, Ulm/Donau; Dr. Georg Picht, Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg; Dr. Walter Rest, Professor der Philosophie und Pädagogik an der Pädagogischen Hochschule, Münster; Karl Vaupel, Nierendorf/Ruhr (ab Juni 1957); Dr. Emmy Wingerath, Ministerialrätin i. R., Düsseldorf (ab Mai 1960).

Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. h. c. Pfizer, Ulm. Der bisherige Sekretär des Ausschusses, Dr. Volker Fritzsche, ist kürzlich aus seinem Amt ausgeschieden und jetzt beim Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister tätig. Sein Nachfolger ist Ingo Richter.



## **Anmerkungen zur Denkschrift über die religiöse Bildung und Erziehung**

**Hellmuth Lauffs**

Die sechste Folge der Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen enthält die schon lange erwartete Denkschrift „Zur religiösen Erziehung und Bildung in den Schulen“.

Der Natur der Denkschrift nach kann das Urteil über das Ergebnis der Bemühungen des Ausschusses in dieser Sache nicht einhellig sein.

Es ist nicht nur theoretisch schlechthin undenkbar, Glauben, Religion, Weltanschauungen und letzte Sinnbedeutung des Lebens auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und einem eindeutigen übergeordneten Begriff unterzuordnen und sie nach Wesen und Wert auf einer Ebene zu sehen. Es ist ebenso praktisch unmöglich, in unserer heutigen differenzierten Gesellschaft die Menschen, die als einzelne oder Gruppen in ihrem Grundverständnis von Welt und Werten und in ihrer Grundhaltung gegenüber den Menschen und den Dingen unendlich verschieden sind, zu einer gemeinsamen Überzeugung über zentrale Lebensfragen zu bringen und einheitliche Lösungen für konkrete Ordnungsaufgaben in unserer in ihren Ideen und Gestaltungsformen pluralistischen Gesellschaft vorzuschlagen.

Ist diese Sicht richtig, so ist es klar, daß eine einheitliche Beurteilung der Denkschrift nicht möglich ist, sei es, daß man sie schon rein theoretisch ebensowenig für lösbar hält wie die Quadratur des Kreises, sei es, daß bei der Vielzahl der verschiedenen vorhandenen oder möglichen Standpunkte oder Haltungen der eine Beurteiler einen Vorschlag des Ausschusses für gut hält, dem der andere wiederum aus tiefster Überzeugung entgegentreten zu müssen meint, sei es, daß andere Kritiker zu dem Urteil kommen könnten, die in der Denkschrift vorgeschlagenen verschiedenen Lösungen hoben sich in Grundlegung und Zielsetzung praktisch gegenseitig auf.

Gleichwohl wäre es verfehlt, wollte man mit solchen an sich schwer widerlegbaren Überlegungen die Denkschrift abwerten oder gar abtun. Mag man die Aufgabe theoretisch und praktisch für unlösbar halten, — der Deutsche Ausschuss hat sich ihr in voller Erkenntnis ihrer Problematik gestellt und einen sowohl von der Sache selbst geforderten als auch von zahlreichen für Erziehung und Bildung unseres Volkes verantwortlichen Männern und Frauen erbetenen Dienst zu leisten versucht.

Es sollte Einmütigkeit darüber bestehen, daß alle Mitglieder des Deutschen Ausschusses, von denen jeder einzelne in seiner Person als geprägter Repräsentant der wichtigsten geistigen Grundpositionen in unserer derzeitigen bundesrepublikanischen Gesellschaft zu gelten hat, sich in ihrer Gesamtheit redliche Mühe gegeben haben, die geistige Situation unseres Volkes in ihrer Vielfältig-

keit und ihrem Spannungsreichtum nüchtern zu sehen, die verschiedenen Grundhaltungen und Grundsetzungen von ihrer Wurzel her zu verstehen und ungeachtet oder auch gerade wegen der Festigkeit und Tiefe ihrer eigenen Stellungnahme andersartige, ja entgegengesetzte Bewegungen in positiver Toleranz ernstzunehmen, ja anzuerkennen.

Es sollte ferner nicht übersehen werden, daß die ganze Denkschrift von der Überzeugung getragen ist, daß Toleranz, die diesen Namen wirklich verdient und die nicht als besonders schwerer Fall von Intoleranz anzusehen ist, nur da als positive Toleranz möglich ist, wo ganz klare, feste Überzeugungen herrschen, und daß daher in der Denkschrift jede Art von Verwaschenheit und Gleichgültigkeit abgelehnt wird, um gerade aus einer profilierten Haltung heraus offen für anders denkende und geprägte Menschen zu sein, ohne zu unredlichen Kompromissen zu kommen.

Dankbar sollte man schließlich für das unverkennbare Bemühen der Denkschrift sein, zwar die mancherlei geistigen Spannungen in unserer pluralistischen Geisteswelt nicht nur als notvoll anzusehen, sondern als fruchtbare Möglichkeiten zu bejahen, aber ebenso entschieden die notwendigen geistigen Auseinandersetzungen über Bildung und Erziehung vor verengender und erstarrender Ideologisierung zu bewahren und die Verquickung mit machtpolitischen Kämpfen aller Art zu unterbinden, so schwer das in einer Welt ist, die gekennzeichnet ist durch die Pluralität wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Interessengruppen und durch die Pluralität der legitim um die Durchsetzung ihrer Ordnungsbilder bemühten Parteien und durch die Vielfalt der von ihnen getragenen staatlichen Leitungsorgane im demokratischen Staat.

### **Schulpolitik ohne Parteipolitik**

Wenn wir nun in der „Evangelischen Verantwortung“, einer Zeitschrift, die aus den Bemühungen der Evangelischen Arbeitskreise der CDU/CSU um eine Erhellung der geistigen Grundlagen der Politik in evangelischer Sicht erwachsen ist, einige Anmerkungen zu der Denkschrift machen, so kann das nicht den Sinn haben, sie in wohl abgewogener Weise zu loben oder zu tadeln oder unverbindliche wissenschaftstheoretische Erwägungen theologischer und pädagogischer Art anzustellen oder schulpraktische Reformvorschläge zu machen. Unser kleiner Beitrag soll vielmehr den in politischer Verantwortung stehenden Menschen Anlaß geben, sich mit einigen Grundgedanken der Denkschrift im Blick auf einige kulturpolitische Grundsätze und Aufgaben der CDU sachlich auseinanderzusetzen und zu dem durch das Gutachten eingeleiteten Gespräch beizutragen.

In diesem Sinne stimmen wir der Auffassung des Deutschen Ausschusses zu, die Erziehungs- und Bildungsfragen wie alle kulturellen Dinge soviel wie möglich aus den politischen Tageskämpfen und aus dem Ringen der Parteien um die Macht herauszuhalten, vielmehr der Schule und den Menschen, die in erster Linie die Verantwortung für die Erziehung und Bildung tragen, nämlich den Eltern und Lehrern, den praktischen und wissenschaftlichen Pädagogen, soviel Freiheit wie nur irgend



möglich für den Dienst am Kinde und am Volk zu sichern. Daß auch gesellschaftliche Gruppen und staatliche Institutionen sich um Erziehung und Bildung bemühen, ist keineswegs bloß eine widerwillig zur Kenntnis zu nehmende Tatsache, sondern entspricht einem durchaus legitimen Streben dieser Kräfte, die auch nach unserer Meinung eine pädagogische Verantwortung vor Gott haben. Darin stimmen wir mit dem Ausschuß durchaus überein.

### Schulen — „Veranstaltungen des Staates“?

Unserer Meinung nach ist aber im gesamten Duktus der Denkschrift nicht deutlich genug gesagt, daß es keineswegs selbstverständlich ist, daß im Zweifelsfall immer die Gruppe den Vorrang vor der Entscheidung des einzelnen hat. Der Ausschuß scheint auch nicht überall deutlich genug die Gefahr zu sehen, daß die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung gegenüber den Erziehungs- und Bildungsaufgaben nicht nur ihre Ordnungsfunktionen zu stärken hat, sondern daß auch Erziehung, Bildung und Ausbildung nach ihrem Gehalt und ihrer Zielsetzung immer mehr von den politischen Organen aller Art bestimmt und gelenkt werden. Das liegt sicherlich im Zuge der Zeit, in der viele Menschen so viel wie möglich von ihrer persönlichen Verantwortung auf übergeordnete Stellen, insbesondere auf den Staat, abwälzen wollen. Diese Gefahr scheint aber nirgends in der westlichen Welt so verbreitet zu sein wie in der Bundesrepublik. Hier ist es den meisten Menschen heute geradezu selbstverständlich, daß im Sinne des absoluten Staates, in dem diese Formel zuerst gebraucht wurde, „Schulen eine Veranstaltung des Staates sind“ und daß private Schulen eigentlich eine mit einer etwas verschämten Begründung zu tolerierende Ausnahme darstellen. Das ist in anderen demokratischen Ländern wie in den Niederlanden, in der Schweiz, in England und auch in den Vereinigten Staaten durchaus nicht der Fall, wo es von jeher eine stattliche Zahl leistungsfähiger freier Schulen neben den öffentlichen gibt. Bei uns in Deutschland aber spukt immer noch der Geist von Fichte und Hegel, den Staat als höchste Verkörperung des menschlichen Lebens anzusehen und deshalb dem Staat auch die Lenkung des geistigen und sittlichen Lebens zuzusprechen und ihn zum selbstverständlichen Herren des Schulwesens zu machen. Wir unterstellen dem Ausschuß in keiner Weise diese Ideologie. Er hat ja selber früher dankenswerterweise zu den Privatschulen eine durchaus positive Stellung eingenommen. Wir vermissen aber in manchen Ausführungen der vorliegenden Denkschrift eine eindeutige Absage an die Ideologie des staatlichen Schulmonopols und der selbstverständlichen Präponderanz des Staates auf dem Gebiet der Erziehung. Wir sind keine Utopisten und sehen daher der Tatsache nüchtern und keineswegs abwertend ins Auge, daß die meisten unserer Schulen jetzt und in Zukunft vom Staat getragen werden. Wir möchten aber eindeutig zum Ausdruck bringen, daß die Anerkennung eines Tatbestandes und einer Regel nicht ihre Anerkennung als Norm bedeutet, möchten vielmehr die Anerkennung der grundsätzlichen Gleichwertigkeit öffentlicher und privater Schulen deutlich zum Ausdruck gebracht haben, wobei die Aufsichtspflicht des Staates auch über die freien Schulen nicht bestritten wird.

Es ist anzuerkennen, daß die Denkschrift keine Schularzt zur Norm zu machen versucht, sondern der Tatsache Rechnung trägt, daß die geistige Situation unserer pluralistischen Welt das Nebeneinander verschiedener Schularten fordert. Sie stellt daher die katholische Schule, die Schule in evangelischer Verantwortung, die christliche Gemeinschaftsschule, die Gemeinschaftsschule als Schule für alle und die Schule, in der ein Bekenntnis vorwiegt, als gleichberechtigt nebeneinander. Sie stellt die in jeder dieser Schularten gegebenen pädagogischen Möglichkeiten und ihre spezifischen Gefährdungen heraus.

### Keine Weltanschauungsschulen?

Wir vermissen aber in dieser Aufzählung die Weltanschauungsschulen. Dabei gibt es doch Weltanschauungsschulen nicht nur in der Schulgesetzgebung, z. B. in Nordrhein-Westfalen, es gibt sie auch in Wirklichkeit, z. B. in der Gestalt der auf der anthroposophischen Weltanschauung beruhenden Waldorfschulen. Warum soll es aber nicht auch andere Weltanschauungsschulen, etwa im Sinn der Humanistischen Union geben? Auch Atheisten haben das Recht, ihre Kinder atheistisch zu erziehen, was bereits Bischof Ketteler 1848 in der Deutschen Nationalversammlung erklärt hat. Das aus Gerechtigkeitsgründen zu fordernde Vorhandensein solcher Weltanschauungsschulen würde nicht nur die pädagogische Tragfähigkeit der ihnen zu Grunde liegenden Gedankenwelt unter Beweis stellen, es würde auch geeignet sein, gewisse Nivellierungstendenzen im Schulwesen zu mindern und die Profilierung der andern Schulen zu fördern.

Andererseits vermögen wir nicht recht zu verstehen, worin sich die Schulen mit bekenntnismäßigem Schwerpunkt eigentlich von christlichen Gemeinschaftsschulen unterscheiden. Im Grunde hat ja jede christliche Gemeinschaftsschule einen gewissen geistigen Schwerpunkt.

Wir wollen nicht verfehlen, an dieser Stelle nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß nicht nur in den meisten evangelischen Landeskirchen Bekenntnisschulen und Gemeinschaftsschulen als gleichberechtigt nebeneinanderstehend angesehen werden, sondern daß es auch, entgegen der gängigen Meinung, in den mancherlei Entschlüssen des Evangelischen Bundesarbeitskreises der CDU zu Schulfragen keine einseitige Stellungnahme für die Bekenntnisschulen gibt, und daß das auch von der Bundespartei gilt. Als Partei hat die CDU die Entscheidung grundsätzlich stets den Eltern überlassen und vom Staat lediglich gefordert, daß er den Eltern die von ihnen gewünschten Schulen zur Verfügung stellt. Wir haben dabei keineswegs bloß an Bekenntnisschulen und christliche Gemeinschaftsschulen gedacht. Aus diesem Grunde bedauern wir solche gesetzlichen Lösungen, in denen nur eine Schularzt (sei es die Gemeinschaftsschule, sei es die Bekenntnisschule) als Regelschule gilt. Die in diesen Fällen meist theoretisch zugelassene Ausnahmemöglichkeit, auf Antrag eine andere Schularzt zur Verfügung gestellt zu bekommen, ist praktisch so schwer zu erreichen, daß sie in den meisten Fällen nicht zum Zuge kommt. Wir halten daher die einseitige Entscheidung für Regelschulen (auch für Bekenntnisschulen) für eine tatsächliche Be-



schränkung der Gewissensfreiheit. Der Ausschuß erkennt beide Möglichkeiten, die Regelschule und die Wahlschule, an. In einer Denkschrift, die nicht nur die geschichtlich gewordenen und situationsbedingten Lösungen registrieren, sondern neue Wege weisen will, hätte nach unserer Meinung gesagt werden müssen, daß bei der Anerkennung der Vielfalt der Grundpositionen und bei dem ausgesprochenen Wunsch, die aus ihnen erwachsende Bildung und Erziehung zu profilieren und alle gesetzlich erwungene Uniformität zu vermindern, jeder Art von Regelschule die Anerkennung versagt werden sollte. Wir unsererseits werden auch auf diesem Gebiet die normative Kraft des Faktischen niemals anerkennen, sondern die Dinge in Fluß zu bringen versuchen, damit allen in ihrem Gewissen so oder so gebundenen Eltern die Möglichkeit gegeben wird, ihre Kinder in eine Schule ihrer Wahl zu schicken.

### Die evangelische Schule

Daß uns an dieser Denkschrift besonders das interessiert, was über die Schule in evangelischer Verantwortung gesagt wird, ist wohl verständlich. Wir geben dabei zu, daß diese Ausführungen im wesentlichen dem entsprechen, was heute die gängige Meinung evangelischer Theologen und Pädagogen ist, und daß in ihnen auch die schulpolitische Haltung vieler Landeskirchen zum Ausdruck kommt. Wir können uns auch davon viele Ansichten zu eigen machen. Als evangelische Christen haben wir aber die Freiheit, einige Fragen zu stellen.

Daß evangelische und katholische Schulen sich nicht nur durch ihr verschiedenes Bekenntnis im Religionsunterricht unterscheiden, sondern aus dem unterschiedlichen Kirchen- und Weltverständnis beider Konfessionen auch eine verschiedene Struktur ihres Erziehungs- und Bildungswesens haben, ist uns selbstverständlich. Warum aber scheut man sich von „evangelischen Schulen“ zu sprechen? Daß man, um sie von der überlieferten formalen evangelischen Konfessionsschule nach ihrem Wesen zu unterscheiden, sie entweder als „Schule unter dem Wort“ oder als „Schule unter dem Evangelium“ oder als dem „Evangelium offene Schule“ oder auch als „Schule in evangelischer Verantwortung“ zu beschreiben versucht, ist verständlich, ja notwendig. Aber eine notwendige Definition ist doch kein brauchbarer Name. Die Schule braucht aber einen Namen und der kann nur evangelische Schule lauten. Der tiefere Grund für die Scheu vor diesem Namen ist nicht nur die Scheu vor zu hohen Ansprüchen — ob die Schulwirklichkeit hinsichtlich des gesamten Schullebens, insbesondere auch der Glaubenshaltung der Lehrer und Schüler wirklich den Namen „evangelisch“ verdiene —, sondern vor allem die in der evangelischen Theologie weit verbreitete Angst vor den Institutionen, die angeblich ihrem Wesen nach das Prädikat christlich oder evangelisch nicht tragen könnten, das eigentlich nur Personen oder Haltungen zukomme. Sicher, die Tatsache einer institutionierten evangelischen Schule als solcher gewährleistet nicht eine bestimmte evangelische Glaubenshaltung, sie braucht sie aber ebenso wenig zu hindern. Natürlich können von der lebendigen Verkündigung losgelöste Institutionen die freie Entfaltung inneren Lebens hindern. Das ist aber eine Entartung und entspricht nicht ihrer Bestimmung. In diesem

Sinne wehren auch wir uns gegen das, was man Institutionalismus nennt. Wir sollten aber mindestens ebensoviel Angst vor dem sich in der evangelischen Kirche immer mehr verbreitenden reinen Personalismus haben, der, konsequent durchdacht, in der Schule alles von der Person der Lehrer und Schüler abhängig macht und die Eltern und die Kinder und auch die Lehrer nicht vor den Gefahren rein individuell begründeter Auffassungen und Entscheidungen schützt. Institution und Person ergänzen sich und sind nur in ihrer wechselseitigen Spannung fruchtbar für den Dienst.

### Reine Sachlichkeit?

Zum ändern berührt es uns eigentümlich, daß die Ausführungen mehr Raum darauf verwenden, darzutun, was die evangelische Schule nicht ist und nicht sein soll, als zu beschreiben, wie eine evangelische Schule positiv konkretisiert werden kann. Dabei wird in der Abwehr von Gefahren teilweise gegen Windmühlen gekämpft, etwa in der Unterstellung, die Kirche könnte versuchen, Gewissen schaffen zu wollen oder sie wolle der Schule aufbürden, „Funktionäre der evangelischen Gemeinde heranzubilden oder die Gemeinde missionarisch zu vergrößern“. Wäre es nur wirklich möglich, in der Schule die Kinder zu fröhlichem Dienst in der Gemeinde bereit zu machen! Und wenn die frohe Botschaft keinen missionarischen Charakter trüge, wie könnte dann die Kirche „Kirche für die Welt“ sein? Jedenfalls vermissen wir eine einigermaßen konkrete Beschreibung, wie sich die Botschaft von der Königsherrschaft Christi nicht nur in der evangelischen Unterweisung, sondern in allen Fächern, ja im gesamten Leben der Schule auswirken könnte. Die manchmal beinahe peinlich wirkende Angst vor dem angeblichen Versuch der Verchristlichung der Welt und vor einer unevangelischen Ideologie, ist so groß, daß man die Folgerungen aus den Erkenntnissen der Barmer Thesen, insbesondere der zweiten These, daß es keine von Christus freien Bereiche des Lebens gäbe, daß vielmehr Jesus Christus (nicht die Kirche!) Herr über alle Bereiche, über Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, überhaupt über unser gesamtes öffentliches Leben ist, nicht ernsthaft für die Schulen zu ziehen wagt. So gewiß es wahre Freiheit zu echter Sachlichkeit nur unter dem Zuspruch und Anspruch des Evangeliums gibt, so wenig gibt es eine davon losgelöste Autonomie der Dinge. Hinter der Formel „reiner Sachlichkeit“ kann sich ebenso sehr eine Verleugnung der Bindung unseres gesamten Seins an Gott verbergen, wie auch hinter der an sich fruchtbaren Vokabel „mündige Welt“ der illegitime Anspruch des von Gott abgewandten Menschen stehen kann, hinter dessen vermeintlicher Mündigkeit sich die Loslösung von Gott verbirgt. Jedenfalls wären die Aussagen über die Aufgaben und Möglichkeiten der evangelischen Schule konkreter und positiver, wenn wir nur in der Theologie und Pädagogik die unevangelische Angst vor eindeutigen evangelischen Aussagen und vor einfältigem Gehorsam überwinden könnten. Im Mittelpunkt sollte die getrostete Sorge stehen, daß das Kind im ganzen Schulleben, in allen Fächern und in allen Formen der Erziehung die viva vox evangelii zu vernehmen vermöchte, um für den Zuspruch und Anspruch Gottes in seinem Wort offen zu werden, soweit es am Menschen liegt.



## Sowjetische Besatzungszone

Zu einer „Unterstützung der genossenschaftlichen Arbeit“, d. h. einer positiven Einstellung zu den „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ rief eine „Rüstzeit des Bundes Evangelischer Pfarrer“ auf. Es handelt sich um den Sowjetzonen-Pfarrerbund, in welchem sich eine kleine Gruppe zur Unterstützung des Zonenregimes zusammengeschlossen hat. Im vorliegenden Falle wollen diese Pfarrer die Landjugend für landwirtschaftliche Berufe interessieren und ihr „die herrlichen Möglichkeiten aufzeigen, die ihr der sozialistische Staat bietet“. Das Thema der Tagung hieß „Pfarramt im sozialistischen Dorf“.

Gegen die Ende vergangenen Jahres gefaßten Beschlüsse der Synode von Görlitz zum Thema „Kirchenzucht“ hat sich der Sowjetzonen-Pfarrerbund in einer polemischen Stellungnahme gewendet. Er richtete an die Synode die Frage, ob die „Verordnung über das Verfahren bei der Beanstandung der Lehren ordinierter Diener am Wort“ etwa gegen die Gruppe der Theologen gerichtet sein soll, „die sich dem gesellschaftlichen Fortschritt verpflichtet wissen“ und ob „der Verleumdung dieser Christen als ‚Rote Deutsche Christen‘ nun eine lehrzuchtrechtliche Grundlage gegeben“ werden solle.

Einer Empfehlung des „Zentralen Ausschusses für Jugendweihe“ folgend veranstaltete der Kreis Königswusterhausen (Bezirk Potsdam) die Vorbereitungsstunden auf die Jugendweihe zum ersten Mal gemeinsam mit den Sowjets. Der Unterricht in diesen Jugendstunden wird in russischer Sprache erteilt. In dem genannten Kreisgebiet sind 27 Delegationen mit je drei Sowjetbürgern für die neue Unterrichtsform eingesetzt.

## Polen

Keine „Christianisierung des Sozialismus sondern Zivilisierung des Christentums“ fordert das theoretische Organ der polnischen KP „*Nowe Drogi*“ („Neue Wege“). Nur so sei eine Annäherung zwischen Christentum und Sozialismus möglich. Die Zeitschrift schreibt wörtlich dazu: „Man muß sich darüber im klaren sein, daß eine Annäherung zwischen Christentum und Arbeiterbewegung nicht auf einer von gewissen Kreisen geforderten Christianisierung des Sozialismus beruhen kann. In seiner repräsentativen marxistischen Strömung ist und bleibt der Sozialismus materialistisch. Die weltanschaulichen Unterschiede sind hier grundsätzlich.“ Eine wirkliche Annäherung könne nur erfolgen, wenn das „Christentum seine Bemühungen und Möglichkeiten dazu einsetzt, die Forderungen des Sozialismus zu realisieren“. Gefordert wird weiter, daß der christliche Gedanke sämtliche praktischen Postulate der Arbeiterklasse akzeptieren müsse wie die sozialistische Gesellschaftsstruktur und das Gemeinschaftseigentum an Produktionsmitteln. Von der Kirche wird eine effektive Hilfe bei der Lösung der Aufgaben des Kollektivlebens verlangt. All das wird als Mindestvoraussetzung für eine „Annäherung zwischen Christentum und Sozialismus“ gefordert.

Das in Allenstein erscheinende KP-Blatt „*Głos Olszynski*“ erklärt, ein „Dialog zwischen der marxistischen und christlichen Ideologie“ sei nur unter der Voraussetzung möglich, daß die Kirche „auf die Tendenz verzichtet, an diesen Dialog gewisse Forderungen politischer Natur zu knüpfen“.

Als „irreale Forderung“ wird eine Anerkennung des Katholizismus als mitgestaltende Kraft der Gesellschaft bezeichnet. Zugestanden wird eine gewisse Zusammenarbeit zwischen Marxisten und Katholiken auf dem Gebiet der Kultur, Erziehung und Ethik.

Sanktionen gegen alte Parteimitglieder, die den Gottesdienst besuchen, hat der Chef der polnischen Parteikontrollkommission, Roman Nowak, kürzlich angekündigt. Auf dem ZK-Plenum der KP erklärte er, wie „*Trybuna Ludu*“ berichtet, daß die Religion zwar Privatsache des einzelnen Bürgers sei, daß „die Einstellung von KP-Mitgliedern zur Religion der Partei jedoch nicht gleichgültig sein kann“. Nowak verlangte, die Anforderungen hinsichtlich Erfüllung der Grundsätze des Marxismus-Leninismus gegenüber langjährigen Parteimitgliedern höher zu schrauben. Als neue Parteimitglieder könnten auch „Gläubige“ aufgenommen werden, die jedoch „taktvoll“ allmählich in die kommunistische Weltanschauung eingeführt werden sollen. Die Partei müsse von Menschen geäubert werden, die „dem Druck einer fremden Ideologie erlegen sind“.

Zwischen der „Gesellschaft der Atheisten und Freidenker“ und den zuständigen Armeedienststellen wurde im Gebiet von Oppeln ein besonderes Abkommen geschlossen, demzufolge die Soldaten zweimal im Monat an „atheistischen Vorlesungen“ teilnehmen müssen. Das sei die einzige Möglichkeit, mit atheistischer Propaganda an die Bauern heranzukommen.

Zu den besonderen Maßnahmen gegen die Kirche gehört die Erhebung einer Einkommenssteuer bei Geistlichen, die Religionsunterricht erteilen. In der Dorfgemeinde Strzyzow in Südost-Polen wurden zur Sicherung dieser Steuer eine Kirchenorgel und eine Kirchenuhr, beide im Werte von über 20000 Zloty, beschlagnahmt.

Eine festere Haltung in der Frage der Kirchenverwaltung in den Oder-Neiße Gebieten fordert das Organ der regierungstreuen Katholiken „*Slowo Powszechnie*“ vom polnischen Episkopat. Die Zeitung wendet sich gegen die in kirchlichen Kreisen vertretene Meinung, daß eine solche Engagerung politischen Charakter trage. Die Frage wird gestellt: „Trägt die Nichterledigung dieser Frage nicht ebenfalls politischen Charakter?“ Schmerzliche Verbitterung habe es hervorgerufen, daß „der faktische Zustand der Kirchenverwaltung in den Westgebieten im offiziellen vatikanischen Jahrbuch nicht berücksichtigt“ sei.

Die Friedhöfe in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten werden weiterhin als unbequeme steinerne Zeugen der deutschen Vergangenheit empfunden. Im Stadtrat von Breslau wurde der Vorschlag gemacht, „Friedhöfe, die nicht besucht werden“, in Erholungswiesen für die Bevölkerung umzuwandeln.

Aus übereinstimmenden Berichten ergibt sich, daß die Aktion der Entfernung von Juden aus verantwortlichen Staatsstellen langsam, jedoch äußerst konsequent durchgeführt wird. Im polnischen Außenhandelsministerium und im Außenministerium hat diese „lautlose“ Entfernung von Juden begonnen, ebenso im Verteidigungs- und Innenministerium. Jüdischen



Mitarbeitern in polnischen Ministerien wurden Monatspensionen in Höhe bis 6000 Zloty für freiwilliges Ausscheiden angeboten. Die im letzten Jahr vorgenommenen Neubesetzungen von Auslandsposten ergeben, daß mit einer einzigen Ausnahme kein jüdischer Beamter oder Diplomat mit einer Auslandsvertretung mehr beauftragt wurde. Die einzige Ausnahme bildete der neue polnische Botschafter in Neu Delhi, Ogradzinski. Als treibende Kraft sieht man den Leiter der Verwaltungsabteilung beim ZK, General Witaszewski, an. Man betrachtet die Juden als unsichere Kantonisten, über die unliebsame Informationen ins westliche Ausland gehen. Auch unter den Rechtsanwälten hat eine Säuberungsaktion eingesetzt. Die in London erscheinende Zeitung „Dziennik Polski“ weist darauf hin, daß die „Psychose des Antisemitismus“ in allen polnischen Gesellschaftsschichten bereits früher vorhanden gewesen sei. Der jüdische Historiker Dr. Ringelblum hatte bei seiner Darstellung der nazistischen Judenverfolgungen in Polen betont, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung geradezu eine Genugtuung über diese Verfolgungen festzustellen gewesen sei. Auch die britische Enzyklopädie „The Book of Knowledge“ hatte unter dem Stichwort „Israel“ die gleichen Feststellungen getroffen.

### Ungarn

Katholische Kreise Ungarns weisen darauf hin, daß von den 14 Diözesan- und Weihbischöfen noch immer sieben verbannt oder interniert sind. Darunter befinden sich der auf Befehl Kadars 1957 deportierte Bischof Badalik aus Veszprem, dem man eine baldige Rückkehr versprochen hatte, außerdem verschiedene schon von Rakosi verschleppte Bischöfe. Noch immer werden etwa 70 katholische Priester in dem Priesterkerker in Marianosztra gefangen gehalten. Einige wurden in Geheimprozessen verurteilt und niemand weiß, welche „Verbrechen“ sie begangen haben. Ferner wird darauf hingewiesen, daß entgegen der Verfassungsbestimmung über Gewissensfreiheit in zahlreichen Gemeinden kein Religionsunterricht erteilt wird, obwohl 70 bis 95 Prozent der Eltern Religionsunterricht verlangt hatten. Allein im vergangenen Jahr wurden 111 Priester und drei Diakone vom staatlichen Kirchenamt ihrer seelsorgerischen Funktionen enthoben.

### Sowjetunion

Die Heilige Schrift wird als Musterbeispiel dafür angeführt, wie man mit künstlerischen Bildern in die Herzen und Gefühle der Menschen einzudringen vermöge und zwar durch das ideologische Organ der sowjetischen KP „Kommunist“. Die Zeitschrift meint, die ganze atheistische Aufklärung müsse künftig auf psychologisch begründeten Grundsätzen geführt und in diesem Sinne das Gefühlsleben der Gläubigen angesprochen werden. Hier liege ein großes Betätigungsfeld für die psychologische Wissenschaft der Sowjetunion, die den Propagandisten die Richtung ihrer künftigen Arbeit zu weisen hätte. Die bisherige Propaganda sei zu trocken und ausdruckslos gewesen und habe die Gefühle der Gläubigen zum Teil in grober Form verletzt. Man müsse Übertreibungen vermeiden, die bisher die gläubigen Menschen in ihrer Haltung eher noch bestärkten.

Der sowjetische Journalistenverband hat zwei neue Sektionen gebildet, die in erhöhtem Umfang zur atheistischen Propaganda beitragen sollen. Es handelt sich um eine Sektion für die „wissenschaftlich-atheistische Propaganda“ und eine

für „wissenschaftliche und technische Propaganda“. Spezialjournalisten für atheistische Themen sollen darüberhinaus regelmäßig zu Seminaren zusammengerufen werden.

Wie die sowjetische Zeitschrift „Nauka i Religia“ berichtet, haben Piloten der Forstverwaltung bei Flügen über zentralasiatischem Gebiet in bewaldeten und unbewohnten Gegenden kultivierte Landstriche entdeckt, die nicht bekannt waren. Eine inzwischen ausgesandte Expedition entdeckte eine größere Gruppe von Mönchen und Nonnen der Sekte der „Altgläubigen“, die noch unter Stalin hierher geflohen waren und mit der Kultivierung des Landes begonnen hatten. Sie wurden, wie die Zeitschrift mitteilt, über ganz Sibirien verstreut.

Wie der im Altai-Gebiet in deutscher Sprache herausgegebene Zeitschrift „Rote Fahne“ zu entnehmen ist, strahlen die kasachischen Sender in Alma Ata und Zelinograd täglich für die in Kasachstan lebenden Deutschen ein besonderes deutschsprachiges Programm aus, das eine Beeinflussung im kommunistischen und atheistischen Sinne zum Ziel hat.

Der Chefredakteur der sowjetischen Zeitschrift „Wissenschaft und Religion“ behauptet in der „Prawda“, daß von einer Verfolgung aus Glaubensgründen in den Ländern des Sozialismus keine Rede sein könne. Der sowjetische Staat verhalte sich den gläubigen Menschen, den Kirchen und den Gottesdienern gegenüber loyal und jeder Bürger könne jede beliebige Religion ausüben oder verneinen.

Als Beweis für diese fast täglich durch Pressemeldungen sowjetischer Zeitungen widerlegte Behauptung führt der Chefredakteur der genannten Zeitung die Tatsache an, daß mehr als 50 Kirchen-Delegationen aus verschiedenen Ländern von einer Verfolgung der Gläubigen in der Sowjetunion nichts gemerkt hätten. Diese Einstellung des sowjetischen Staates schließe aber nicht aus, daß gegen die Religion ein „unblutiger ideologischer Kampf“ geführt werde, und jene zur Verantwortung gezogen werden, die im Rahmen der Ausübung ihrer religiösen Pflichten gegen sowjetische Gesetze verstoßen oder Kritik an der sowjetischen Gesellschaftsordnung äußern.

Die sowjetische Zeitung „Der Kommunist“, die sich immer wieder mit dem Kampf gegen die „religiösen Überreste“ in der Sowjetunion beschäftigt, behauptet, daß die „Entfaltung religiöser Gefühle“ eine Ausnutzung ästhetischer Bedürfnisse sei. Sie meint damit die Kulthandlungen der Kirchen und schreibt:

„Unter den Bedingungen des Sozialismus, — wo es weder Ausbeuter noch Ausgebeutete gibt, — ist die klassenmäßige Basis der Religion liquidiert. — Die religiösen Gefühle in unserem Lande sind die Folgen einer alten, vorsozialistischen Gesellschaftspsychologie. Sie zeichnen sich durch eine große Standfestigkeit aus und gehen auch nicht auf einmal zugrunde, auch nicht bei einer radikalen Veränderung des materiellen Lebens. Indem die religiösen Gefühle von Generation zu Generation übergehen, erlangen sie allmählich die Kraft der Tradition und der Gewohnheit.

Uns will scheinen, daß es gerade die mangelhafte Kenntnis der Psychologie ist, die zu einer Unterschätzung des Umstandes führt, daß die Überwindung der religiösen Gefühle nur ganz allmählich vor sich gehen kann.“



Der Deutsche Evangelische Kirchentag ist ein kirchliches Ereignis, das der Intention des Kirchentags nach die Menschen außerhalb des kirchlichen Lebens angehen soll, in der Realität jedoch auf die Kerngemeinde beschränkt ist. Aber auch die Kerngemeinde ist nicht aus der Welt herausgenommen, und Zeitungen und Rundfunk tragen das ihre dazu bei, daß die Welt an dem Ereignis mehr oder weniger teilnimmt. Damit

## Ein unpolitischer Kirchentag

### 11. Deutscher Evangelischer Kirchentag

wird aber das, was im Grunde kirchliches Geschehen ist, auch politisches Ereignis. Das öffentliche Leben wird betroffen, auch dann, wenn die Politik im engeren Sinne des Wortes nicht direkt mit der Sache zu tun hat.

Der politische Akzent ist im Laufe der verschiedenen Kirchentage mal stärker, mal schwächer gewesen. Aufs Große und Ganze gesehen war er in Dortmund schwach. Nur hier und da wurde einzelnes gesagt, sei es in den Vorträgen, sei es in der Bibelarbeit, wodurch ein konkreter Bezug zu politischen Ereignissen hergestellt wurde. In der Bibelarbeit von Pfarrer Lüthi wurde in wenig glücklicher Weise das Problem der Militärseelsorge angesprochen, in Referaten von Dr. Eberhard Müller und Senator Dr. Arndt kam es zu einer Diskussion um das Streikrecht. In den Referaten von Kultusminister Osterloh und der Landtagsabgeordneten Frau Funcke standen Probleme der Kulturpolitik zur Debatte. Schließlich wurde auch die Sozialpolitik angesprochen. Aber weder haben die in den Referaten vorgetragenen Meinungen großes Aufsehen erregt, noch haben sie die Meinung der Kirche, soweit es so etwas gibt, in irgendeiner Weise klar formuliert zum Ausdruck gebracht. Von daher gesehen ging es hier zwar um politische Themen, aber man wird kaum von einem politischen Ereignis sprechen dürfen.

Das politische Gewicht dieses Kirchentages hat sich vielmehr negativ geäußert. Was politisch bedeutsam ist, ist die Akzentsetzung, die durch den Zustrom der Kirchentagsteilnehmer zu den einzelnen Arbeitsgruppen geschaffen worden ist. Auffallend war die geringe Beteiligung gerade dort, wo es um die Themen der Kultur- oder der Sozialpolitik ging. Diese Fragen erregten die in Dortmund anwesende Kerngemeinde nicht, und auf diesen Gebieten hatte man offenbar wenig Fragen mitgebracht. Im Vordergrund standen die Probleme der Kirche selbst; wo sie behandelt wurden, da sammelten sich die Tausende.

In Dortmund ist wieder etwas deutlich geworden, was den wenig überrascht, der unsere evangelischen Gemeinden näher kennt. Aber dieses Desinteresse an den verschiedenen Aspekten des politischen Lebens sollte uns sehr zu denken geben. Wir haben in den letzten Jahren viel über die Probleme der Kirche in der Welt nachgedacht, wir haben uns mit der Welt intensiv beschäftigt. Aber nur wenig von all dem ist bisher in unsere Gemeinden gedrungen. Der Grund dafür liegt sicher nicht zuletzt in der Art und Weise, wie bei uns gepredigt wird, denn auch in unseren Predigten spielt die politische Welt, die uns von allen Seiten umgibt und die die Kirche wesentlich mehr bestimmt als die Theologen weiterhin merken, eine so geringe Rolle.

e. a.

Welche Rolle die deutsche Frage auf dem Kirchentag spielen sollte, darüber gab es verschiedene, ja einander entgegengesetzte Aussagen. Bundespräsident Lübke erklärte: „Ich

möchte glauben, daß die Sehnsucht nach der deutschen Einheit und der Anspruch auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts auch auf einem Kirchentag erörtert werden dürften.“ Dies Recht gelte überall, nur für Deutschland solle es nicht gelten? Dieser Ungerechtigkeit müßten wir mit allen friedlichen Mitteln entgegentreten. Hier erschien also der Kirchentag auch als ein solches friedliches Mittel für ein politisches Ziel. — Dagegen Kirchentagspräsident von Thadden-Trieglaff: Der Kirchentag sei ein Dienst. Er verstehe ihn nicht als Haschen nach Popularität und „schon gar nicht als politische Aktion“. — Beide Reden waren vorher aufgesetzt. Es handelt sich also nicht um eine Diskussion, aber um deutliche Akzentunterschiede.

v. K.

Die meisten Vorträge hatten einen seelsorgerlichen Charakter: sie halfen den Menschen, mit einer oft genug sinnlos erscheinenden Welt fertig zu werden, oder mit der Angst oder mit der Schuld, wie immer sie auch aussehen mag. Von Angst und von Schuld war vielfältig die Rede. Oder es ging um die Frage, wie die Kirche heute aussehen sollte und müßte. Die brennenden Probleme unserer Gesellschaft, die sozialen Spannungen, die Frage nach einer humanen Lebensordnung in der Industriegesellschaft, all das trat dahinter zurück. Und dies ausgerechnet im größten Industrieviertel in der Welt! Gewiß, am Donnerstag- und Freitagnachmittag wurde über einige soziale und kulturpolitische Dinge geredet; so wurde etwa gefragt, warum trotz des Wohlstandes soviel Unzufriedenheit unter uns herrsche, ob unsere soziale Sicherung wirklich sozial sei und ob die Kirchen, z. B. durch Konfessionsschulen, die Freiheit der Bildung gefährden. Was aber geschah? Insgesamt sechstausend Menschen hörten sich die Vorträge zu diesen Themen an. Aber nicht weniger als elftausend strömten in die Westfalenhalle; dort ging es um die Frage „Ist die Kirche reformbedürftig?“ Hier wurden die Redner häufig durch zustimmendes Klatschen unterbrochen. Hier war also, ebenso wie bei den Fragen der persönlichen Existenz, spürbar ein Schwerpunkt des Interesses.

Das Angebot des Kirchentagsprogrammes und die Wünsche der Teilnehmer haben sich also, wenn man das alles bedenkt, in einer fast unerwarteten Weise durchaus entsprechen. Die Menschen, die zum Kirchentag kamen, waren von den mehr politischen Fragen der Gegenwart, jedenfalls während des Kirchentages, nicht sonderlich bewegt.

Spiegelt sich darin eine fehlende Bereitschaft der Protestanten, sich um die öffentlichen Dinge zu kümmern? Man könnte das vermuten, man könnte auch von einem Beharren der Christen in der Sphäre des Privaten sprechen. Aber: ist der Wunsch vor allem anderen zu lernen, das eigene Leben zu bewältigen, nicht auch ein verständlicher und berechtigter Wunsch?

v. K.

Man kann nicht sagen, auf dem Kirchentag sei so etwas wie protestantische Innerlichkeit oder Weltflucht kultiviert worden. Das Gegenteil ist nach meinem Eindruck der Fall. Das ließ die Losung „Mit Konflikten leben“ ja auch eigentlich nicht zu, und gerade in Dortmund ist die Losung so befruchtend gewesen wie kaum je auf einem früheren Kirchentag. Immer wieder haben die Redner sich bemüht, die eiligen Fluchtwege aus den Konflikten heraus zu verstellen. So warnte etwa Dr. Zahrt aus Hamburg ebenso sehr vor einem christlichen Radikalismus wie vor allgemeiner Gleichgültig-



keit gegenüber der bösen Welt. Und der rheinische Präses Beckmann sagte, die Christen sollten nicht aus der Kirche fliehen, in die sie hineingestellt sind, und nicht auf die Suche gehen nach einem verlorenen Paradies, nach einer wahren, frommen und reinen Gemeinde der Heiligen; es gäbe keine Gemeinde ohne Unchristlichkeit.

Hier wie auch an vielen anderen Stellen, jedenfalls in den zentralen Teilen des Programmes, vollzog sich so etwas wie eine Auseinandersetzung mit dem Pietismus. Freilich wurde auch Kritisches gesagt zu den sogenannten „freien Protestanten“, die es als unter ihrer Würde erachten, regelmäßig an den Gottesdiensten teilzunehmen. Kräftiger aber war die Kritik an einem Christentum der „frommen Gemeinschaft“, die dazu neigt, sich von Welt und Umwelt abzuschließen. Diese Auseinandersetzung war übrigens gar nicht ausdrücklich so geplant, aber sie fand tatsächlich statt. Eine neue Frömmigkeit suchte nach einem angemessenen Ausdruck. Sie hat nichts zu tun mit Gefühligkeit. Die „süßliche Frömmigkeit“ des vorigen Jahrhunderts wurde von dem Tübinger Psychiater Professor Schulte geradezu mit Abscheu zitiert. Stattdessen wurde den Christen gesagt, es bedürfe einer unerhörten Anstrengung, genauer Sachkenntnis und entsagungsvoller Kleinarbeit, um das Leben der Menschen zu erhalten und, wenn möglich, ein wenig erträglicher zu machen. Das ist eine sehr nüchterne Entschlossenheit, die Welt zu ertragen, sie zu verantworten.

Der Marburger Soziologe, Professor von Oppen, sagte: „Gemeinschaft entsteht aus großem inneren Abstand“ voneinander, und: die Gesellschaft ist „auf den freien, den kritischen Menschen hin gebaut“. Das war nicht direkt auf die kirchliche Gemeinde bezogen, aber es ist auch darauf anzuwenden. Und das bedeutet: Die Kirche ist nicht dazu da, Nestwärme zu züchten, und es ist auch nicht sonderlich christlich, das kritische Denken, wenn man die Tore der Kirche betritt, zu unterdrücken oder gar zu verbieten.

v. K.

„500 000 kommen zur Schlußkundgebung“. Solche Prognosen bestimmten fast allgemein die Erwartungen gegenüber dem Dortmunder Kirchentag.

Wieviele sind gekommen, um diese Hoffnungen zu erfüllen? Wenig mehr als die Hälfte, etwa 300 000. Ob ein Kirchentag ein „Erfolg“ ist, läßt sich gewiß nicht an der Zahl seiner Besucher messen, aber es sollte doch allen zu denken geben, die sich von dem „Aufbruch ins Revier“ allzu viele belebende Kräfte für die Arbeit des Kirchentages versprochen hatten, daß die Menschen des Ruhrgebietes und vor allem die Dortmunder Bevölkerung kaum von den Ereignissen des Kirchentages Notiz genommen haben. Auch die Zahl der Dauerteilnehmer war mit etwa 13 000 geringer als in früheren Jahren. Aus dem „Aufbruch ins Revier“ ist nicht viel geworden. Die „Kerngemeinde“ blieb — so war jedenfalls unser Eindruck — weithin unter sich. Dennoch hat dieser Kirchentag etwas gebracht, was es in früheren Jahren nicht in diesem Maße gegeben hat: die Teilnahme der Jugend. In manchen Aussprachegruppen war die Hälfte der Anwesenden jünger als 25 Jahre. Durch diese Jugend kam sehr viel frischer Wind in den Kirchentag, der manchem „Pietisten“ scharf ins Gesicht wehte, in den Diskussionskreisen wie bei den Vorträgen. Wenn man überhaupt von „Erfolg“ sprechen will, so darf man ihn in dieser — gelegentlich sehr temperamentvollen — Anteilnahme der Jugend sehen.

-el.

## Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (Stand vom 1. 9. 1963)

### Bundesarbeitskreis

#### Vorstand

Vorsitzender

Dr. Gerhard Schröder, Bundesminister des Auswärtigen,  
53 Bonn, Wörthstraße 3-5, Ruf: 2 01 21

Stellvertretender Vorsitzender

Staatssekretär a. D. Dr. Walter Strauß, Richter am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften,  
532 Bad Godesberg, Hohle Gasse 28, Ruf: 6 66 65

Beisitzer

Frau Ingeborg Geisendörfer, MdB,  
8 München, Himmelreichstraße 4, Ruf: 6 89 21

Professor D. Wilhelm Hahn, MdB,  
69 Heidelberg-Schlierbach, Im Hofert 3, Ruf: 5 08 17

Kultusminister Edo Osterloh,  
23 Kiel, Landeshaus, Ruf: 4 08 91

Gerhard Schlosser, Geschäftsführer der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen,  
7325 Bad Boll, Blumenstraße 1, Ruf: 451

Staatsminister a. D. Dr. Otto Schmidt, MdB,  
56 Wuppertal-Elberfeld, Am Walde 26, Ruf: 42 33 77

Dr. Elisabeth Schwarzhaupt, Bundesministerin,  
532 Bad Godesberg, Michaelstraße 10, Ruf: 6 68 81

Dozent Dr. Gerhard Stoltenberg, MdB,  
233 Eckernförde, Sebestedter Landstraße 18, Ruf: 55 12

#### Mitglieder

Oberbürgermeister a. D. Ernst Bach, MdL,  
59 Siegen, Feldstraße 20, Ruf: 2 13 63

Oberregierungsrat Paul Bausch, MdB,  
7015 Korntal, Friedrichstraße 50, Ruf: 88 27 94

Professor Dr. Werner Borgmann,  
1 Berlin 41, Klingsorstraße 29, Ruf: 72 18 29

Oberbürgermeister Martin Boyken,  
32 Hildesheim, Klingenbergstraße 21, Ruf: 39 25

Peter-Wilhelm Brand, MdB,  
563 Remscheid, Salemstraße 3, Ruf: 47 81

Pfarrer Karl-August Bühler, MdB,  
7858 Weil am Rhein, Traubengasse 27, Ruf: Lörrach 78 17

Dr. Axel v. Campenhausen,  
69 Heidelberg, Ladenburger Straße 19

Rechtsanwalt Arved Deringer, MdB,  
7252 Weil der Stadt, Landhausweg 12, Ruf: 945



Professor Dr. O. A. Dilschneider, MdA,  
1 Berlin 45, Walter-Linse-Straße 12, Ruf: 77 16 33

Dr. Werner Dollinger, Bundesminister für wirtschaftlichen  
Besitz des Bundes  
532 Bad Godesberg, Turmstraße 48, Ruf: 3 42 85

Staatsminister Dr. Rudolf Eberhard,  
8 München 2, Ludwigstraße 3, Ruf: 22 99 81

Oberstudiendirektor a. D. Ernst Eichelbaum, MdB,  
532 Bad Godesberg, Am Stadtwald 2, Ruf: 6 30 21

Professor Dr. Ludwig Erhard, Bundesminister für Wirtschaft,  
53 Bonn-Duisdorf, Lengsdorfer Straße, Ruf: 30 61

Bundesminister a. D. Franz Etzel, MdB,  
4 Wittlaer b. Düsseldorf, Am Töllershof 10, Ruf: Düsseldorf  
401076

Staatsanwalt Dr. Heinz Eyrich,  
78 Freiburg-St. Georgen, Schulstraße 31

Frau Charlotte Fera, MdBü,  
2 Hamburg 39, Bellevue 8, Ruf: 27 08 27

Staatsminister a. D. Dr. Otto Flehinghaus, MdL,  
4 Düsseldorf, Solenanderstraße 3, Ruf: 33 29 31

Generalsekretär Arnold Fratzscher, MdL,  
3 Hannover, Heinrich-Heine-Straße 33, Ruf: 146 75/76

Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier,  
53 Bonn, Bundeshaus, Ruf: 20 61 / App. 29 00

Kai-Uwe v. Hassel, Bundesminister für Verteidigung,  
53 Bonn, Ermekeilstraße 27, Ruf: 2 01 61

Rechtsanwalt Dr. Fritz Hoffmann, MdL,  
66 Saarbrücken, Berliner Promenade 1, Ruf: 83 17

Regierungsdirektor Kurt Hofheinz,  
75 Karlsruhe, Weinbrennerstraße 38, Ruf: 2 01 41 / App. 29 1

Dipl.-Volksw. Dr. Wilhelm Imhoff, MdBü,  
2 Hamburg-Volksdorf, Eulenkrogstraße 56, Ruf: 6 03 43 98

Landrat Walter Jansen, MdL,  
649 Schlüchtern, Gartenstraße 7, Ruf: 429

Dozent Dr. theol. Wilhelm Kasch,  
23 Kiel, Schwanenweg 10, Ruf: 4 49 11

Oberstudienrat Oswald Knapp,  
5453 Niederbieber-Segendorf b. Neuwied, Weißer Berg 16,  
Ruf: 2 41 87

Dr. Konrad Kraske, Bundesgeschäftsführer der CDU,  
53 Bonn, Nassestraße 2, Ruf: 5 29 31 / App. 12

Akademiedirektor Professor Dr. Friedrich Kreppel,  
675 Kaiserslautern, Pfaffenbergstraße 103, Ruf: 61 78

Ltd. Regierungsdirektor a. D. Hellmut Lauffs,  
4 Düsseldorf-Benrath, Benrodestraße 63, Ruf: 71 17 74

Justizminister Julius v. Lautz,  
66 Saarbrücken, Hindenburgstraße 15, Ruf: 6 49 71

Bundesminister a. D. Ernst Lemmer, MdB,  
1 Berlin-Zehlendorf, Schützallee 135, Ruf: 46 19 63

Bezirksstadtrat Erich Mach,  
1 Berlin 45, Ruthnerweg 27, Ruf: 73 81 05

Dr. Berthold Martin, MdB,  
63 Gießen, Am Stadtwald 3, Ruf: 6 62 3

Diederich Menke,  
28 Bremen-Horn, Riensbergerstraße 77, Ruf: 49 61 19

Schriftleiter Dr. Ernst Müller-Hermann, MdB,  
28 Bremen-Oberneuland, Rilkeweg 40, Ruf 44 25 8

Albert Pürsten, MdL,  
4992 Espelkamp-Mittwald, Lessingstraße 4, Ruf: 617

Professor D. Dr. Martin Redeker, MdL,  
23 Kiel, Düvelsbeker Weg 24, Ruf: 4 11 38

Frau Dr. Luise Rehling, MdB,  
58 Hagen/Westf., Hindenburgstraße 6, Ruf: 5114

Frau Julie Rösch,  
7 Stuttgart-O, Schottstraße 53, Ruf: 32 33 34

Robert Ruder,  
763 Lahr, Husarengasse 16, Ruf: 35 57

Dr.-Ing. Hans-Christoph Seebohm, Bundesminister für  
Verkehr,  
53 Bonn, Sternstraße 100, Ruf: 30 21

Paul Schmeck,  
565 Solingen, Germanenstraße 17, Ruf: 2 76 68

Frau Hildegard Schnell, MdL,  
6483 Salmünster, Krs. Schlüchtern, Weinstraße 13

Ministerialrat Friedrich Karl Schramm,  
532 Pech ü. Bad Godesberg, Auf dem Langenacker,  
Ruf: Bad Godesberg 69 580

Werner Schwarz, Bundesminister für Ernährung, Land-  
wirtschaft und Forsten,  
53 Bonn-Duisdorf, Euskirchener Straße, Ruf: 3 01 51

Chefredakteur Pfarrer Eberhard Stammer,  
7 Stuttgart, Gerokstraße 21, Ruf: 24 46 73

Hans-Joachim Steifensand,  
652 Worms, Weckerling-Platz 1, Ruf: 64 71

Detlev Struve, MdB,  
2371 Embühren, Kr. Rendsburg, Ruf: Stafstedt 133

Landgerichtsrat Friedrich Vogel,  
441 Warendorf, Reichenbacher Straße 13, Ruf: 326

Landesbankdirektor Gerhard Wachsmann,  
29 Oldenburg, Markt 12, Ruf: 951

Frau Dr. Hanna Walz, MdL,  
64 Fulda, Magdeburger Straße 19, Ruf: 891

Arbeitsdirektor Hermann Weber, MdL,  
422 Dinslaken, Walsumer Straße 29, Ruf: 30 46



Bundesminister a. D. Dr. Hans Wilhelmi, MdB,  
6 Frankfurt (Main), Sofienstraße 44, Ruf: 55 77 76

Oberkirchenrat Erwin Wilkens,  
3 Hannover-Herrenhausen, Hegebläch 27, Ruf: 7 23 82

Senator a. D. Dr. Erich Zander,  
28 Bremen, Mathildenstraße 74/75, Ruf: 30 26 01

**Geschäftsführer**

Hans Strümpfel,  
53 Bonn, Coburger Straße 1a, Ruf: 5 29 31 / App. 69

**Ordnung für den Bundesarbeitskreis**

1. Der Bundesarbeitskreis besteht aus
  - a) je 3 Mitgliedern der Vorstände der Landesarbeitskreise, für die im Falle ihrer Verhinderung Vertreter entsandt werden können;
  - b) den evangelischen Mitgliedern des Präsidiums der Christlich-Demokratischen Union und dem evangelischen Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union;
  - c) dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Bundestages, dem Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und den Vorsitzenden der Arbeitskreise der Bundestagsfraktion, den Bundesministern, dem Geschäftsführer oder stellvertretenden Geschäftsführer der Christlich-Demokratischen Union, soweit diese evangelisch sind;
  - d) bis zu 12 von den Vorgenannten zu kooptierenden Parteimitgliedern.
2. Der Vorstand des Bundesarbeitskreises besteht aus bis zu 9 Mitgliedern, die vom Bundesarbeitskreis aus seiner Mitte für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden, darunter ein Vorsitzender und ein oder mehrere stellvertretende Vorsitzende; Wiederwahl ist zulässig.
3. Innerhalb von sechs Monaten nach Zusammentritt eines neugewählten Bundestages hat sich der Bundesarbeitskreis entsprechend der Regelung unter 1. neu zu konstituieren.
4. Der Vorstand hat den Bundesarbeitskreis mindestens zweimal jährlich einzuberufen. Der Bundesarbeitskreis muß außerdem einberufen werden, wenn 10 Mitglieder dies beantragen.
5. Der Bundesarbeitskreis muß mindestens alle zwei Jahre eine Arbeitstagung veranstalten.

(Vorstehende Fassung beschlossen auf der Sitzung des Bundesarbeitskreises am 3. Juli 1963 in Bonn)

**Zur Geschichte und Ordnung der Konfirmation in den lutherischen Kirchen. Aus den Verhandlungen des Internationalen Seminars des Lutherischen Weltbundes in Loccum 1961 über Fragen der Konfirmation. Hrsg. von Kurt Frör. Claudius Verlag München 1962. 206 S. DM 18,40.**

Die Konfirmation ist eine durch und durch problematische Angelegenheit. Das merken die Kinder, die sich ihr alljährlich freiwillig-unfreiwillig unterziehen. Das wissen die Theologen, die seit Jahrzehnten, ja ein gutes Jahrhundert ohne überzeugenden Erfolg über die Konfirmation debattieren. Ihre Debatte hätte geringen Anspruch auf allgemeines Interesse, wäre die Konfirmation nicht eine der Institutionen, mit deren Hilfe sich die viel berufene Volkskirche immer von neuem regeneriert und durch die sich möglicherweise die Kirche immer weiter degeneriert. Das Problem der Volkskirche aber und alles, was damit zusammenhängt, stellt sich dem politisch engagierten Christen genau so unausweichlich wie dem Theologen und dem sogenannten Kirchenmann.

Wer unter diesem Aspekt nach den von Kurt Frör herausgegebenen Referaten greift, die 1961 in Loccum auf der Tagung einer vom Lutherischen Weltbund berufenen Kommission über die Konfirmation gehalten wurden, muß mit einer gewissen Enttäuschung rechnen. Er bekommt Einblick in die verwickelte Geschichte der Konfirmation und in die Fülle der Deutungen, die sie im Laufe der Geschichte erfahren hat und allein im Bereich des Luthertums heute noch erfährt. Dabei mag sein Mißtrauen gegen alle schein-heiligen, als selbstverständlich geltenden Traditionen noch wachsen. Er wird nicht ohne Verwunderung als Ergebnis der aufwendigen historischen Arbeit zur Kenntnis nehmen, daß man auf diesem Wege zu keiner Lösung des Problems kommen könne, und sich für die Ansätze zu einer über historische Feststellungen hinausgehenden Deutung der Konfirmation im Rahmen der heutigen lutherischen Theologie interessieren. Er wird jedoch — hoffentlich! — nicht die Frage unterdrücken, wie es möglich ist, daß erst im Bericht über die Aussprache die Erkenntnis laut wird, neben der theologischen Klärung vermöge erst „die Beurteilung der volksskirchlichen Situation und überhaupt eine Analyse der geschichtlichen und geistlichen Situation der Kirche“ die Gesichtspunkte für eine sinnvolle Weiterentwicklung zu geben. Und wie es kommt, daß sich erst im Referat eines Amerikaners über den Konfirmandenunterricht seelsorgerlich-psychologische Argumente ihr Recht verschaffen.

Die Einleitung versichert, daß es nur darauf angekommen sei, „eine Plattform für einen ersten informatorischen Austausch und eine vorläufige Verständigung über die wesentlichen Grundfragen innerhalb der Gliedkirchen des Lutherischen Weltbundes zu schaffen“. Es stimmt dennoch nachdenklich, wie wenig Raum die historischen und theologischen Erörterungen für die aktuelle und praktische Problematik lassen und wie wenig sie dafür abwerfen. Gehört auch das zu der Krise der Kirche, für die der problematische Zustand und das nicht minder problematische Verständnis der Konfirmation, wie es gelegentlich heißt, ein Symptom ist?

Christian Zippert

**Hans-Joachim Schoeps, Preußen — gestern und morgen. Friedrich Vorwerk Verlag, Stuttgart 1963, 36 S., kart. DM 3,50.**

Wenn der Erlanger Ordinarius für Geistesgeschichte, Hans-Joachim Schoeps, zur deutschen Geschichte urteilend und



wertend Stellung nimmt, kann man sicher sein, unkonventionelle Thesen über das deutsche Schicksal in Vergangenheit und Gegenwart zu hören.

Schon vor mehr als zehn Jahren hat er durch seine Schrift „Die Ehre Preußens“ (Stuttgart 1951) Aufsehen erregt und Widerspruch gefunden. Der vorliegenden Schrift, mit der Schoeps seine Gedanken über „Die Ehre Preußens“ fortführt, liegt ein Vortrag vor der „Preußischen Gesellschaft“ zu Berlin und dem Bonner Corps Borussia zugrunde.

Ausgehend von dem Unterschied zwischen totalem und autoritärem Staat betrachtet Schoeps „den alten preußischen Staat, der im Grunde schon 1871 zu Ende gegangen war, als das Modell einer an Recht und Gesetz gebundenen Staatsautorität . . . , die die bürgerlichen Freiheiten zu schützen vermag“ (S. 29). Diese These wird entfaltet in Betrachtungen über die Grundlagen des preußischen Staates, die besondere Bedeutung des Beamtentums, das Allgemeine Landrecht (1794) und die in ihm kodifizierte religiöse Toleranz und Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, sowie einigen Bemerkungen über den Offiziersstand, der neben dem Beamtentum den preußischen Staat getragen hat. Hier schließen sich Betrachtungen zur deutschen Gegenwart an, um deretwillen die vorgehenden Überlegungen, wie es scheint, angestellt wurden.

Wenn auch hier nicht der Ort sein kann, in eine ins einzelne gehende Diskussion über die Thesen von Schoeps einzutreten, so müssen doch einige kritische Fragen gestellt werden. Die Ausgangsbasis aller Thesen ist die folgende Meinung: „Preußen war der einzige Staat, der mehr als ein Staat war, mit dem sich eine Idee verknüpft hat, durch die Menschen gebunden wurden und noch heute gebunden werden können“ (S. 33). Worin bestand diese Idee? Schoeps spricht von Askesse und Disziplin und verweist auf die „Idee des preußischen Beamtentums, die als Modell für das stehen soll, was für uns preußisches Staatsethos bedeutet“ (S. 10). „Hingabe an das Amt und traditionelle Loyalität gegenüber der Krone deckten sich vollständig und haben als besondere Berufsmoral eine Tradition unbestechlicher Leistungsfähigkeit hervorgebracht“ (S. 10f.). Schoeps gibt eine ganze Reihe von Beispielen, die seine These von der „an Recht und Gesetz gebundenen Staatsautorität“ Preußens eindrucksvoll beleuchten, und zu Recht zitiert er den Wahlspruch Schlieffens: „Viel leisten, wenig hervortreten, mehr sein als scheinen!“ und das Wort Moltkes, Gehorsam sei Prinzip, der Mann aber stehe über dem Prinzip, als Äußerungen bester preußischer Traditionen. Aber: ist das die ganze preußische Geschichte? Sind aus dem preußischen Offiziersstand nur Moltkes, Schlieffens und Yorck von Wartenburg hervorgegangen? Nicht auch ein Ludendorff, ein Hindenburg? Ist in Preußen immer Toleranz geübt worden? Gab es nicht Zeiten der Reaktion, des Kampfes gegen Andersdenkende? Gab es nicht einen Minister Woellner, Karlsbader Beschlüsse, einen Kulturkampf, Sozialistengesetze und ein Dreiklassenwahlrecht? Diese wenigen Fragen lassen etwas von der „Tragik des Preußentums“ erkennen, von der O. H. v. d. Gablentz 1946 mit ersten Worten gesprochen hat. In dieser Schrift von Schoeps ist freilich wenig von solcher Tragik zu spüren. So vermögen auch die Bemerkungen von Schoeps zur Gegenwart kaum zu überzeugen. Den Grund für die heutige „Kulturkrise“ sieht er im Fehlen von Vorbildern und Leitbildern. Nach seiner Überzeugung könnten „große Szenen und Gestalten aus der preußischen Geschichte . . . Leitbilder der Jugend werden, wenn

es gelänge, den inneren Adel ihres Seins sichtbar werden zu lassen“ (S. 28). Geist, Ideen und Institutionen des Preußentums werden „vielleicht überhaupt nur noch“ (!) in der Lage sein, die Massengesellschaft zu überwinden (S. 33). So schlägt Schoeps denn auch (ähnlich wie 1951) zur Lösung der Probleme der Staatsautorität in Deutschland vor, eine parlamentarische Monarchie zu schaffen, die freilich auch von der Arbeiterschaft getragen sein müßte. Wie wenig kennt Schoeps die deutsche Wirklichkeit!

Die Frage nach der Rolle Preußens in der deutschen Geschichte ist eine der brennendsten für das historisch-politische Bewußtsein der Gegenwart. Die Schrift von Schoeps scheint uns trotz vielerlei Anregungen und des Nachdenkens werter Überlegungen, kein wirklich weiterführender Beitrag, unsere „preußische Vergangenheit“ klären zu helfen, weil Schoeps nicht genügend in Rechnung stellt, in welchem Maße der Zusammenbruch von 1945 alles, auch die „preußische Idee“, in Frage gestellt hat, und sich heute in der „deutschen Frage“ die Frage nach der Situation der zerteilten Welt spiegelt. Bernhard Unkel

**Alfred Grosser, La République Fédérale d'Allemagne, Presses Universitaires de France, Paris 1963, Collection „Que sais-je“ No. 1069. 125 S.**

Wer politisch interessiert ist und gar am politischen Geschehen verantwortlich teilnimmt, kommt nicht umhin, sich in nicht zu großen Abständen über die Bundesrepublik und ihre Entwicklung Rechenschaft abzulegen. Zu diesem Zweck eignet sich vorzüglich die Lektüre des neuesten, soeben erschienenen Bandes von Alfred Grosser. Der Autor, Professor für Politische Wissenschaft in Paris, ist durch seine zahlreichen Veröffentlichungen, als vielgehörter Vortragender und als Berater deutscher Amtsstellen und Politiker bei uns längst wohlbekannt. Das vorliegende, auch bei uns billig zu habende Taschenbändchen hat gegenüber den vorangehenden die Vorteile, bis zum Jahr 1963 fortgeführt zu sein und brillante Klarheit mit bewundernswerter Knappheit zu verbinden.

In acht Kapiteln wird der Leser von dem totalen Zusammenbruch 1945 bis in unsere Tage geführt. Die Schilderung des Elends nach dem Krieg und alliierter Mißgriffe werden mit seltener Deutlichkeit genannt, erklärlich bleiben sie als Folgen des von Hitler gewollten „totalen Krieges“. Das französische Veto, welches die Bildung von Zentralgewalten 1945 verhinderte und so den Anfang der deutschen Teilung bildete, wird ebenso ungerührt behandelt, wie die Ausweglosigkeit der ursprünglichen Entnazifizierungspolitik — ohne daß der Autor dafür in eine unangemessene Beschönigung der Nazi-Schuld verfiel, welche die Ursache aller unserer Schreckenisse war.

Die straffe Darstellung der Staatsbildung und der bundesrepublikanischen Institutionen ist meisterhaft. Die Charakterisierung der beiden Bundespräsidenten und ihres Stils, die Stellung des Bundesverfassungsgerichts im Staat und seine berühmtesten Entscheidungen, Funkzionieren und Arbeitsweise von Bundestag und Bundesrat, Zusammensetzung und Kräftespiel innerhalb der verschiedenen Kabinette Adenauer und schließlich die Analysen der Wahlen mit knappen, gut zu übersehenden Tabellen sind ein Genuß für den Leser. Die Skizzierung der einzelnen Parteien, wobei der dezentralisierte Aufbau der CDU gebührend hervorgehoben wird, und



der Massenmedien ist anregend. Mit Genugtuung erfährt man, daß die deutsche Presse im Vergleich zu Frankreich sich in einer beneidenswerten Lage befinde, und daß auch Rundfunk und Fernsehen im Hinblick auf ihre Unabhängigkeit einen Vergleich mit Frankreich nicht zu scheuen brauchen. Die Lokalisierung der kirchenpolitischen Verhältnisse der Bundesrepublik zwischen Frankreich und Spanien ist nicht so sehr als Lob gemeint, obgleich dem Leser vielleicht weder Frankreich noch Spanien mit seinen Lösungsversuchen, der ewigen Abgrenzungsprobleme Herr zu werden, besonders attraktiv erscheinen.

Was schließlich über die deutsche (unbewältigte?) Vergangenheit, die Wiedergutmachung, bräunliche Überbleibsel und gesamtdeutsche Forderungen über die Oder-Neiße-Linie hinaus gesagt wird, sollte in alle Sprachen der Welt übersetzt werden. Die Einzelphänomene werden nicht nur erwähnt, was immer zu den unfreundlichsten Verzerrungen führen muß, vielmehr werden die Vorkommnisse und Daten auch gewogen und hinsichtlich der rückläufigen oder expandierenden Tendenz in einer im Ausland nicht allgemein üblichen Nuancierung dargestellt. Ausdrücklich wird gesagt, das es Ver-

gangenheit nicht nur bei den Deutschen gibt, und daß die durch die Katastrophe entstandenen Spannungen, Widersprüchlichkeiten und Probleme schwieriger zu lösen sind, als das Ausland es gewöhnlich anerkennen möchte.

Die völlige Vertrautheit des Autors mit der politischen Gegenwart in der Bundesrepublik in Verbindung mit der Distanz, die dem Franzosen eignet, macht den „neuen Grosser“ zum idealen Spiegel für uns: nicht im Sinn des als „konformistisch im Nonkonformismus“ planschenden „wissentlich böartigen“ Organs, sondern in dem Sinn, daß das Buch zum Widerspruch anregt (Danzig gehörte auch 1937 nicht zu Polen; überhaupt die Oder-Neiße-Anerkennung!) und nachdenklich macht.

Grossers Publikationen haben wesentlich daran teil, daß das Klima für uns in Frankreich angenehm ist und wir auf Gesprächsbereitschaft stoßen und daß es in der französischen Presse an handfester Deutschfeindlichkeit mangelt. Es wäre dringend zu hoffen, daß auch Großbritannien „seinen Grosser“ findet, der die Ressentiments im Inselreich abbaut — uns in der Form lebenswürdig, in der Sache unbestechlich zur Selbstprüfung einlädt. Axel v. Campenhausen

## Leserbriefe

---

### Verantwortung für die Natur

Mit wachsendem Interesse habe ich Ihren Aufsatz über „Unsere Verantwortung gegenüber der Natur“ in der „Evangelischen Verantwortung“ gelesen. Ich danke Ihnen, besonders auch dafür, daß Sie den Abgeordneten ins Gewissen reden. Unser Volk ist seit Jahren dabei, seinen Lebensraum zu zerstören und merkt es kaum — viele falsche Eingriffe in dem komplizierten Landschaftshaushalt werden noch als Fortschritt angesehen. Der Krebs der Landschaftszerstörung eiert überall. Ich bin der Meinung, daß das Problem der Ordnung und Gesundheit unserer Landschaften, unseres Lebensraumes, bald gelöst werden muß, sollen zu den vorhandenen Schäden nicht weitere umfangreiche, nicht mehr heilbare Schäden dazukommen. Diese Aufgabe wird eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben in den nächsten Jahrzehnten werden müssen.

W. Pflug, Mainz

Im letzten Heft der „Evangelischen Verantwortung“ las ich mit großer Befriedigung Ihren Aufsatz über „Unsere Verantwortung gegenüber der Natur“. Der Naturschutz gehört

schon seit vielen Jahren zu meinen Dienstaufgaben. Ich habe die Freude erlebt, daß der Naturschutzgedanke in zunehmendem Maße Beachtung gefunden hat, habe aber auch die niederdrückende Erfahrung gemacht, daß wenn es im konkreten Fall hart auf hart ging, die Naturschutzbehörde fast immer von den übergeordneten Instanzen, zumal von den Parlamenten im Stich gelassen worden ist. Die Parlamentarier stehen regelmäßig auf der anderen Seite, und zwar gleichgültig, welcher Partei sie angehören. Unsere Partei, der ich schon seit den Gründungstagen angehöre, ist in diesem Punkte nicht besser als die anderen; im Gegenteil: der Eifer um die Förderung wirtschaftlicher Projekte — ich könnte hier Beispiele nennen — ist bei der CDU besonders groß. Das ist enttäuschend, denn man sollte denken, daß es gerade CDU-Politiker ein Anliegen sein müßte, daß unserem Volk seine seelische Substanz, wozu die Verwurzelung in einer ungeschändeten, heimatlichen Landschaft und Natur unverzichtbar gehört, nicht verloren geht.

Ich habe mich schon manchmal besonnen, wie man unsere Politiker für eine andere Haltung in Fragen des Naturschutzes gewinnen könnte. Möge Ihr Appell die verdiente Beachtung finden. Ministerialrat Dr. Eberhard Bopp, Stuttgart

---

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Eberhard Amelung, 355 Marburg, Wilhelmstraße 20, Tel. 3436. Verlag: Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH., Bonn, Argelanderstr. 173, Postscheckkonto: Köln 193795. — Erscheinungsweise: monatlich. — Bezugsgebühr: 1,— DM monatlich, 10,— DM jährlich. — Druck: Eukerdruck Marburg. Artikel, die mit vollem Namen gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.